



AHK

## World Business Outlook Frühjahr 2025

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen

 **GemeinsamWeltweit**



# Inhalt

Entwicklung der Weltwirtschaft.....	3
Geschäftslage und Geschäftserwartungen .....	5
Auswirkungen der neuen US-Handelspolitik.....	9
Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland.....	11
Investitionspläne der Unternehmen.....	14
Beschäftigungsabsichten .....	16
Globale Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren.....	18
Statistischer Anhang.....	20

# Methodik

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Frühjahr 2025 die Rückmeldungen von weltweit 4.600 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug. Die Umfrage wurde vom 17. März bis 14. April 2025 durchgeführt. 40 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 41 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 19 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern machen 48 Prozent der Antworten aus. 25 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 27 Prozent der Befragten weltweit. 47 Prozent sind Tochterunternehmen/Niederlassungen von deutschen Unternehmen, 40 Prozent sind lokale oder (nicht deutsche) internationale Unternehmen ohne Niederlassung in Deutschland und weitere 13 Prozent sind lokale oder (nicht deutsche) internationale Unternehmen mit einer Niederlassung in Deutschland. Die Ergebnisse für die kontinentalen Regionen sowie den globalen Wert sind gewichtet. Grundlage für die Gewichtung eines einzelnen Landes bildet das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Jahre 2017–2021 in US-Dollar. Die Fragen zu Geschäftslage, Erwartungen, Konjunktur, Investitionen und Beschäftigung werden entsprechend gewichtet.

# Impressum

**Deutsche Industrie- und Handelskammer**  
Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
Telefon 030 20308-0

**DIHK Online:** [Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

**Redaktion:** Lola Machleid

**Grafik:** Sebastian Titze

**Titelbild:** <https://www.gettyimages.de/>

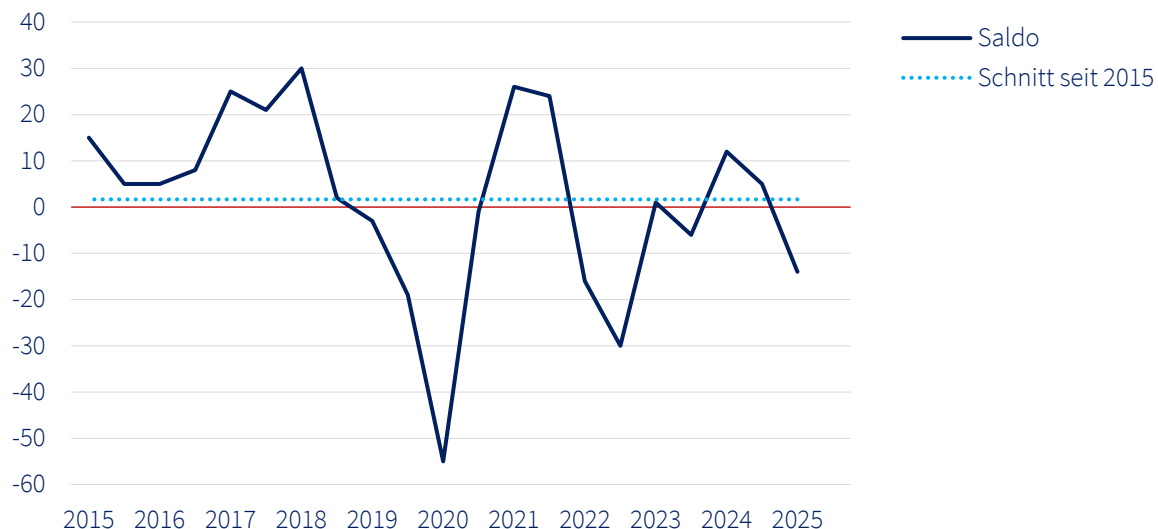
**Stand:** Mai 2025

# Entwicklung der Weltwirtschaft

## Konjunkturerwartungen deutscher Unternehmen im Ausland

Im Frühjahr 2025 blicken die weltweit rund 4.600 von den AHKs befragten Unternehmen deutlich pessimistischer auf die konjunkturelle Entwicklung in ihren internationalen Standorten als noch im Herbst 2024. Nach der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise sorgt die US-Handelspolitik für einen tiefen Einschnitt für die Weltwirtschaft. An ihren internationalen Standorten sind deutsche Unternehmen aktuell überdurchschnittlich pessimistisch: Nur 19 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer besseren konjunkturellen Entwicklung an ihren Standorten (Herbst 2024: 27 Prozent). 33 Prozent rechnen hingegen mit einer konjunkturellen Abkühlung vor Ort (Herbst 2024: 22 Prozent). Weniger als die Hälfte der Unternehmen erwartet, ausgehend von der aktuellen Wirtschaftslage eine stabile Entwicklung (48 Prozent). Der resultierende Saldo aus besser und schlechter Bewertungen fällt drastisch gegenüber dem Herbstwert von fünf Punkten auf aktuell minus 14 Punkte. Damit liegt der Wert deutlich unterhalb des langjährigen Schnitts von zwei Punkten (seit 2015 erfasst). Die negative Bewertung der Konjunkturaussichten für das kommende Jahr verdeutlicht die große Verunsicherung der Unternehmen aufgrund der erratischen und an vielen Standorten belastenden US-Handelspolitik und ihrer Auswirkungen weltweit. Der Saldo liegt aktuell auf dem niedrigsten Niveau seit dem Herbst 2022.

Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit (Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ - Antworten in Punkten)



Die Erwartungen zur konjunkturellen Lage unterscheiden sich zwischen den Weltregionen, wobei sich insgesamt weltweit eine Verschlechterung im Vergleich zum Herbst 2024 zeigt.

Besonders negativ sind Unternehmen in **Nordamerika**: Nur 13 Prozent erwarten eine positive konjunkturelle Entwicklung, knapp die Hälfte mit 47 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der Saldo stürzt von noch 26 Punkten im Herbst 2024 auf aktuell minus 34 Punkte ab. Der langjährige Durchschnitt liegt bei zwölf Punkten. Seit dem Ausbruch der Corona Pandemie vor fünf Jahren wurde kein niedrigerer Wert erfasst. Unternehmen in Kanada sind besonders pessimistisch: Nur sieben Prozent erwarten eine bessere konjunkturelle Entwicklung, 76 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der sich ergebende Saldo liegt mit minus 69 Punkten weltweit mit Abstand am niedrigsten. Jedoch auch in Mexiko sind die Unternehmen sehr pessimistisch (Saldo minus 52 Punkte). Auch in den USA ist die Verunsicherung der Unternehmen sehr hoch. Das Blatt hat sich von Zuversicht zu Pessimismus gewendet: Nur noch 14 Prozent der Unternehmen sehen eine bessere Konjunktur, 44 Prozent hingegen eine schlechtere (Herbst 2024: 38 Prozent besser, sieben Prozentpunkte schlechter). Der Saldo bricht um 61 Punkte ein und sinkt von 31 Punkten auf nun nur noch minus 30 Punkte. Er liegt damit deutlich unter dem langjährigen Mittel von 21 Punkten. In der stark vernetzten, globalisierten Weltwirtschaft in der Unternehmen in den USA,

enge Geschäftsbeziehungen zu Handelspartnern auf der ganzen Welt pflegen, werden die Zollerhebungen der US-Regierung nicht spurlos vorbegehen. Das erwarten auch die deutschen Unternehmen vor Ort.

Hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung im kommenden Jahr sind Unternehmen im **Asien-/Pazifikraum** sowie Unternehmen in **Greater China** (China, Hong Kong und Taiwan) pessimistisch. Eine deutliche Verschlechterung im Vergleich zum Herbst 2024 ist sowohl in Festland-China als auch in Hongkong und Taiwan festzustellen. Besonders China ist von massiven neuen US-Zöllen von mittlerweile 145 Prozent auf fast alle Importe betroffen. Während im Herbst 2024 in China noch eine leichte Erholung der konjunkturellen Entwicklung zu erwarten war, hat sich das Bild nun gewendet: Nur noch elf Prozent rechnen mit einer Verbesserung, 27 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verschlechterung der Konjunktur vor Ort. Der Saldo von minus 16 Punkten liegt im negativen Bereich und deutlich unterhalb des langjährigen Durchschnitts von plus zwei Punkten.

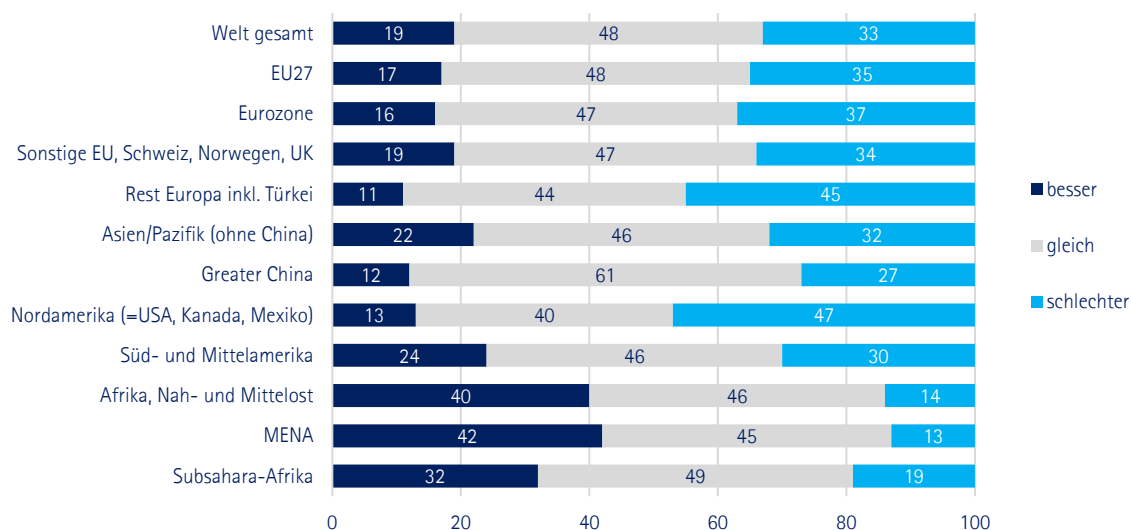
In **Süd- und Mittelamerika** rechnen die Unternehmen ebenfalls mit einer Eintrübung der Konjunktur: Zwar erwarten 24 Prozent eine Aufhellung, jedoch 30 Prozent eine Verschlechterung der konjunkturellen Entwicklung vor Ort. Der Saldo rutscht vom positiven in den negativen Bereich (minus sechs Punkte nach zuvor zwei Punkten), liegt aber noch oberhalb des weltweiten Durchschnitts (minus 14 Punkte)

In der **Eurozone** sind die Unternehmen erneut pessimistischer als in der Vorumfrage. 16 Prozent erwarten eine Verbesserung der Konjunktur, 37 Prozent eine Verschlechterung. Der Saldo sinkt von minus 13 Punkten im Herbst 2024 auf minus 21 Punkte und liegt damit weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von minus zwei Punkten. Auch in **Ost- und Süd-Osteuropa** sowie der Türkei verdüstern sich die Konjunkturerwartungen erneut: Nur elf Prozent rechnen mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung vor Ort, 45 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Der Saldo fällt deutlich von minus 18 auf nur noch minus 34 Punkte ab.

Für die **sonstige EU, Schweiz, Norwegen und UK** zeichnet sich entgegen dem weltweiten Abwärtstrend eine leichte Aufhellung im Vergleich zum Herbst 2024 ab, wenngleich die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung vor Ort pessimistisch bleiben. 19 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung, 34 Prozent erwarten eine Verschlechterung der Konjunktur vor Ort (Saldo: minus 15, nach zuvor minus 21 Punkte).

Die einzige Region, in der die Unternehmen überwiegend von einer guten Konjunktorentwicklung ausgehen, ist **Afrika, Nah- und Mittelost**: 40 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung der Konjunktur, 14 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung in den kommenden zwölf Monaten (26 nach zuvor 27 Saldopunkten). Auch die Unternehmen in Subsahara-Afrika sind positiv eingestellt. Hier rechnen 32 Prozent der Unternehmen mit einer Verbesserung und nur 13 Prozent mit einer Verschlechterung (13 nach zuvor neun Saldopunkten).

#### Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



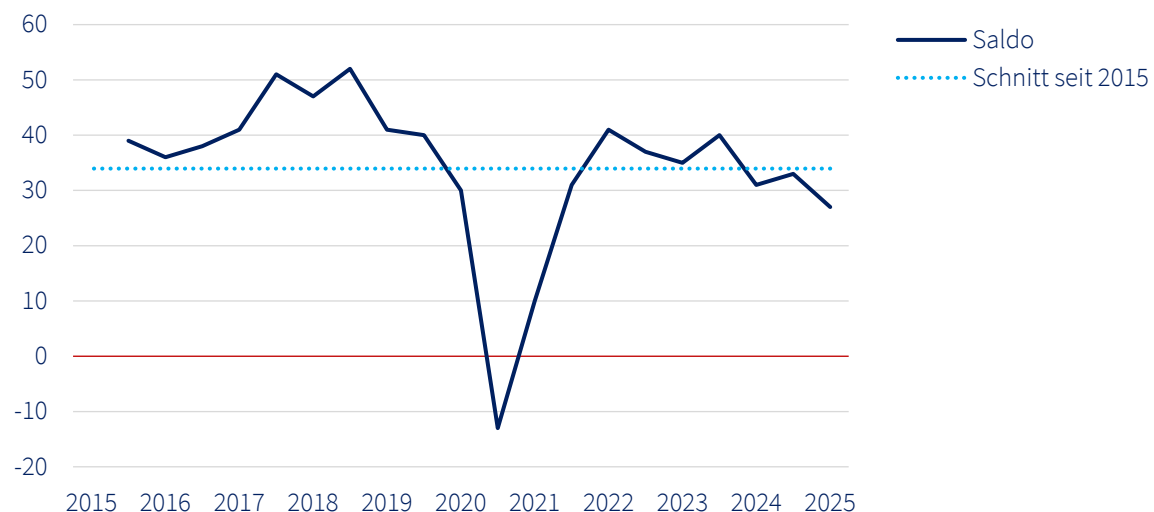
# Geschäftslage und Geschäftserwartungen

Die aggressive Handelspolitik der USA hat dem Wachstum der Weltwirtschaft und insbesondere dem Welthandel einen gehörigen Dämpfer verpasst. Die jüngsten Prognosen zum Weltwirtschaftswachstum wurden nach unten korrigiert. Es wird nur noch mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum gerechnet. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Einschätzung der Unternehmen bezüglich der konjunkturellen Entwicklung, sondern auch auf die die eigene Geschäftslage und Geschäftserwartungen.

Deutsche Unternehmen an ihren internationalen Standorten bewerten die aktuelle Geschäftslage schlechter als noch in der Vorumfrage im Herbst 2024. Zunehmende Handelsbeschränkungen sowie der Umbruch der internationalen Wirtschaftsordnung bereiten den Unternehmen große Sorgen. Dennoch wird die eigene Lage noch besser bewertet als die Konjunktur und die eigenen Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monaten: 41 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage gut. Von einer immerhin befriedigenden Geschäftslage berichten 44 Prozent, weiterhin beurteilen 15 Prozent ihr derzeitiges Geschäft als schlecht. Der Saldo aus „gut“ und „schlecht“ Bewertungen sinkt erneut im Vergleich zur Vorumfrage – von 27 auf 26 Punkte. Die Beurteilung der aktuellen Geschäfte bleibt damit negativer als der weltweite Durchschnitt der letzten Jahre (34 Punkte).

Im Vergleich der Wirtschaftszweige ist die Geschäftslage bei Dienstleistungsunternehmen noch am besten: Hier bewerten 45 Prozent ihre Lage als gut und lediglich zehn Prozent als schlecht (Saldo 35 Punkte). Handelsunternehmen (42 Prozent gut, zwölf Prozent schlecht, Saldo 30 Punkte) sind etwas zurückhaltender in der Bewertung ihrer aktuellen Geschäftssituation. Die Bewertung der Industrie und Bauunternehmen fällt im Vergleich zu den anderen Branchen jedoch am zurückhaltendsten aus (40 Prozent gut, 15 Prozent schlecht, Saldo 25 Punkte).

**Geschäftslage der Unternehmen weltweit** (Saldo aus „gut“ minus „schlecht“ minus Antworten in Punkten)



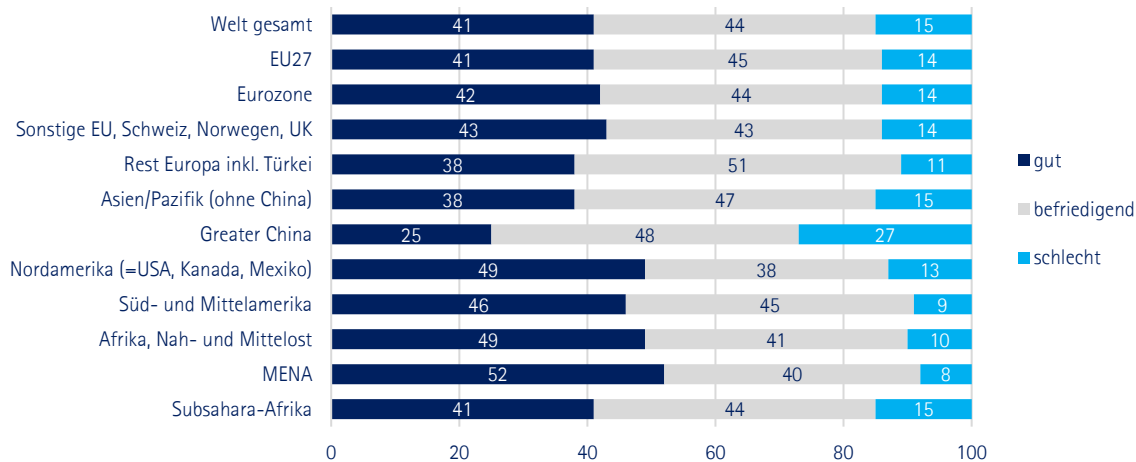
Bei der Bewertung der Geschäftslage zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen weltweiten Regionen sowie deutliche Unterschiede vor und nach den handelspolitischen Ankündigungen der US-Regierung am 2. April 2025.

Immer noch leicht positiv und dennoch schlechter als noch im Herbst 2024 (vor der US-Wahl) bewerten Unternehmen in **Nordamerika** ihre aktuelle Geschäftslage: Die Hälfte der in Nordamerika tätigen Unternehmen berichten von einer guten Geschäftslage (49 Prozent), während 13 Prozent sie als schlecht einstufen. Der Saldo liegt mit 36 Punkten gleichwohl merklich unter dem langjährigen Mittel von 49 Punkten. In allen drei Ländern der Region

(Kanada, Mexiko und die USA) hat sich die Lage verschlechtert. In **Kanada** beurteilen 45 Prozent der Unternehmen ihre Lage noch als gut (Herbst 2024: 53 Prozent), zehn Prozent hingegen als schlecht. Der resultierende Saldo ist von 40 auf aktuell 34 Punkte gesunken und liegt damit unter dem langjährigen Schnitt von 50 Punkten. In **Mexiko** bewerten nur noch 36 Prozent ihre Lage (Herbst 2024: 48 Prozent) als gut und acht Prozent als schlecht. Der Saldo sinkt von 41 Punkten auf aktuell 28 Punkte. In den **USA** schätzt die Hälfte der Unternehmen (51 Prozent) seine Geschäfte noch als gut ein. Der Anteil, der von einer schlechten Geschäftslage berichtet, nimmt im Vergleich zum Herbst auf 13 Prozent zu (nach zuvor acht Prozent). Der Saldo verschlechtert sich von 47 auf 37 Punkte und liegt weit unter dem langjährigen Durchschnitt von 53 Punkten.

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage hat sich die Lagebewertung der Unternehmen in **Süd- und Mittelamerika** verbessert: 46 Prozent berichten von einer guten Geschäftslage, neun Prozent hingegen von einer schlechten. Damit verbessert sich der Saldo um zehn Punkte (37 nach zuvor 27 Punkten).

#### Geschäftslage der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



Während sich die aktuelle Geschäftslage der Unternehmen in **Afrika, Nah- und Mittelost** sowie der **MENA-Region** im Vergleich zur Vorumfrage im Herbst verschlechtert (Saldo 39 nach zuvor 43 Punkte und 44 nach zuvor 57 Punkte) verbessert sich die aktuelle Situation in **Subsahara-Afrika** (Saldo 26 nach zuvor 14 Punkte). Hier bewerten 41 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als gut, 15 Prozent als schlecht.

In **Greater China** fällt die Lagebewertung deutscher Unternehmen nur etwas schlechter aus als noch im Herbst: Ein Viertel der Unternehmen bewertet seine Lage als „gut“, 27 Prozent hingegen als „schlecht“. Der Saldo verringert sich geringfügig von minus einem auf aktuell minus zwei Punkte. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die **Volksrepublik China**, wo Unternehmen bei der Lagebewertung negativer als noch im Herbst 2024 sind. Knapp ein Viertel der Unternehmen (24 Prozent) schätzt die aktuelle Geschäftslage gut ein, 29 Prozent hingegen als schlecht. Der Saldo sinkt ebenfalls leicht von minus drei auf minus fünf Punkte. Lediglich für **Hongkong** zeigt sich ein positiveres Bild: 31 Prozent bewerten ihre Lage als gut, 14 Prozent als schlecht. Der Saldo steigt hier im Vergleich zum Herbst von sieben auf aktuell 17 Punkte.

Unternehmen in der **Asien-/Pazifik Region (ohne Greater China)** schätzen ihre aktuelle Geschäftslage besser ein als noch im Herbst 2024: 38 Prozent bezeichnen die Lage als „gut“, 15 Prozent als „schlecht“.

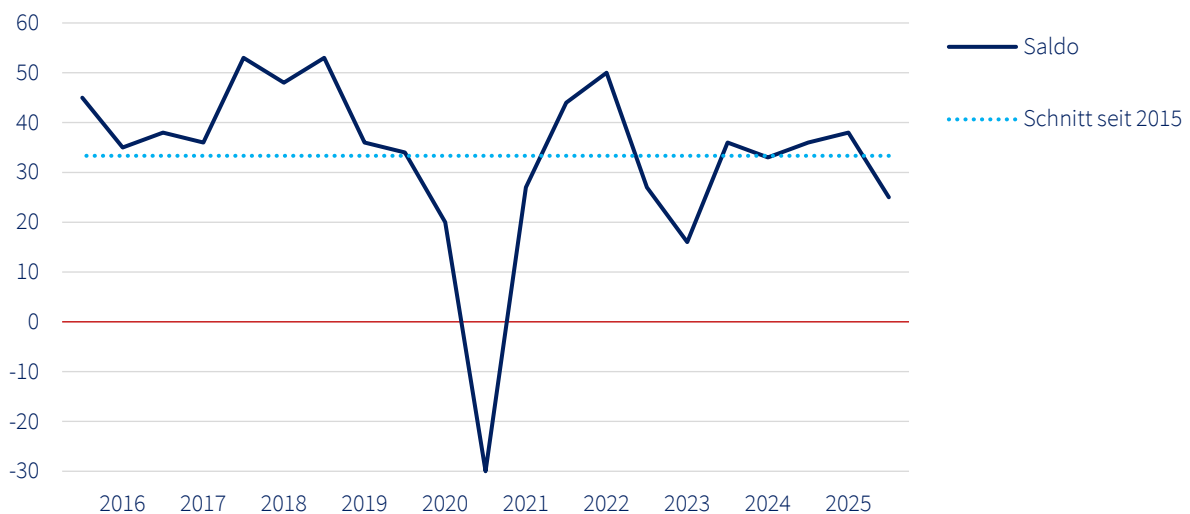
In **Ost-/Südosteuropa (ohne EU) und in der Türkei** fällt die Bewertung der aktuellen Lage schlechter aus als in der Vorumfrage. 38 Prozent der Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage als gut, etwa die Hälfte der Unternehmen als unverändert, elf Prozent berichten von einer schlechten Lage.

Unternehmen in der **Eurozone** berichten von einer besseren Geschäftslage als noch im Herbst (Saldo 28 Punkte nach zuvor 25 Punkte).

Im Gegensatz zur nur geringfügig schlechteren Bewertung der aktuellen Geschäftslage sind die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen im Vergleich zum Herbst deutlich pessimistischer. 41 Prozent der Unternehmen erwarten bessere Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten (Herbst 2024: 48 Prozent), 43 Prozent gehen von stabilen Geschäften aus (Herbst 2024: 42 Prozent). 16 Prozent erwarten eine Verschlechterung für ihre Geschäftstätigkeit vor Ort (Herbst 2024: 10 Prozent). Der Saldo aus besser und schlechter Bewertungen fällt somit von 38 Punkten auf aktuell nur noch 25 Punkte – und liegt damit wieder unter dem langjährigen Durchschnitt von 34 Punkten.

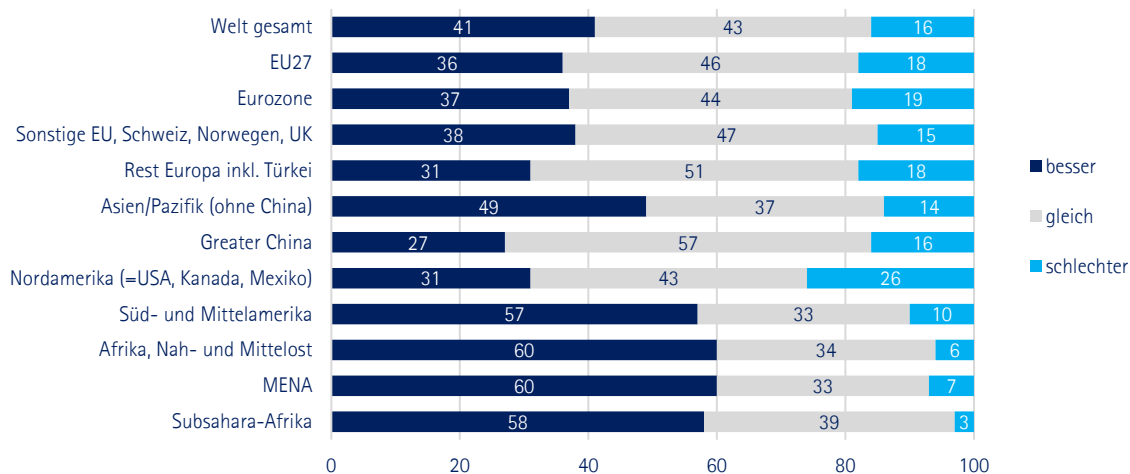
Weltweit herrscht Verunsicherung und Sorge darüber, wohin sich die Weltwirtschaftsordnung insgesamt entwickeln wird. Die Aussichten der Unternehmen mit Blick auf ihre Geschäftstätigkeit sowie die Konjunktur vor Ort sind pessimistisch.

#### Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit (Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ minus Antworten in Punkten)



Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in den USA im letzten Jahr noch ein Hoffnungswert für Unternehmen vor Ort war, haben sich die Geschäftserwartungen in **Nordamerika** besonders vor dem Hintergrund der handelspolitischen Ankündigungen der US-Administration gravierend verschlechtert: Nur noch 31 Prozent der Unternehmen erwarten bessere Geschäfte für das kommende Jahr, 26 Prozent der deutschen Unternehmen erwarten indes eine Verschlechterung für ihre Geschäfte in Nordamerika. Der Saldo stürzt von 50 Punkten im Herbst 2024 auf aktuell nur noch fünf Punkte ab. Deutsche Unternehmen mit Standorten in den **USA** sind auch im Vergleich zum weltweiten Stimmungsbild deutlich pessimistischer hinsichtlich ihrer geschäftlichen Entwicklung. In den USA erwartet nur noch ein Drittel der Unternehmen bessere Geschäfte im nächsten Jahr, während ein Viertel der Unternehmen eine Verschlechterung für diesen Zeitraum erwartet. Der Saldo der Geschäftserwartungen stürzt von 52 auf nur noch neun Punkte ab.

### Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



Bei den Geschäftserwartungen trübt sich auch in der **Asien-/Pazifik Region (ohne Greater China)** die Stimmung der Unternehmen vor Ort im Vergleich zum Herbst ein: 49 Prozent, damit knapp die Hälfte der Unternehmen rechnet mit besseren Geschäften im nächsten Jahr, dennoch rechnen 14 Prozent der Unternehmen mit einer Verschlechterung. Der Saldo sinkt von 43 Punkten auf aktuell 35 Punkte.

In **Greater China** sind Unternehmen mit Blick auf die Geschäftserwartungen für das kommende Jahr pessimistischer als noch im Herbst: mehr als ein Viertel der Unternehmen erwartet eine Verbesserung ihrer Geschäfte (27 Prozent), 16 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der Saldo schlechter klärt sich von 15 auf nur noch elf Punkte und liegt damit unter dem langjährigen Durchschnitt von 25 Punkten. In **Taiwan** sind die deutschen Unternehmen etwas positiver gestimmt als im Durchschnitt in Greater China (Saldo elf Punkte). Hier verbessert sich der Saldo um drei Punkte von 23 auf 26 Punkte. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die **Volksrepublik China**, wo Unternehmen auch bei ihren Erwartungen pessimistischer sind als noch im Herbst 2024.

In der **Eurozone** sind die Unternehmen pessimistischer hinsichtlich der Geschäftserwartungen als bei der Bewertung ihrer aktuellen Geschäftslage: 37 Prozent erwarten bessere Geschäfte, 19 Prozent schlechtere im kommenden Jahr. Der Saldo sinkt von 25 auf aktuell nur noch 18 Punkte. Und liegt damit auch weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt von 28 Punkten.

In **Ost-/Südosteuropa (ohne EU) und in der Türkei** zeigt sich mit Blick auf die Geschäftserwartungen, dass Unternehmen mit einer Verbesserung im Vergleich zur Vorumfrage im Herbst 2024 rechnen. 31 Prozent rechnen mit einer Verbesserung und nur 18 Prozent mit einer Verschlechterung für ihre Geschäfte im kommenden Jahr. Der Saldo steigt somit von zuvor acht Punkten auf aktuell 13 Punkte - der langjährige Durchschnitt liegt allerdings mit 19 Punkten noch etwas entfernt.

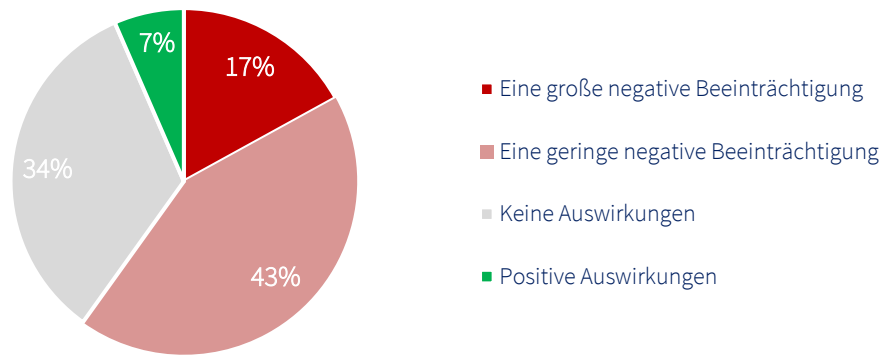
Bei den Geschäftserwartungen der Unternehmen in **Süd und Mittelamerika** hat sich die Stimmung ebenfalls eingetrübt wenngleich auf einem höheren Niveau: der Saldo liegt bei 47 nach zuvor 51 Punkten. 57 Prozent der Unternehmen rechnen mit besseren Geschäften im kommenden Jahr, wobei 10 Prozent mit schlechteren rechnen.

Für die Regionen **Afrika, Nah- und Mittelost** sowie der **MENA** und **Subsahara-Afrika**: zeigt sich ein ähnliches Bild. Bei der Bewertung der Geschäftserwartungen. Insgesamt bewerten die Unternehmen in allen drei Regionen ihre Erwartungen für die Geschäfte im kommenden Jahr überwiegend positiv. Der Saldo liegt in allen drei Regionen über dem jeweiligen langfristigen Durchschnitt.

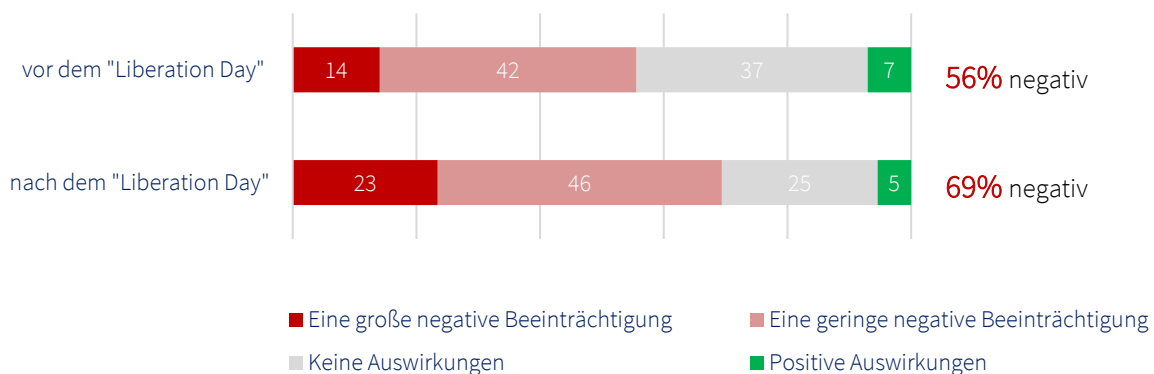
# Auswirkungen der neuen US-Handelspolitik

Die Auswirkungen der aktuellen US-Handelspolitik sind überall spürbar. Weltweit erwarten 60 Prozent der deutschen Unternehmen negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte vor Ort: 17 Prozent rechnen mit einer großen Beeinträchtigung, 43 Prozent mit einer geringen Beeinträchtigung. 34 Prozent der Unternehmen erwarten keine Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit, sieben Prozent erwarten sogar positive Effekte. Die Einschätzungen zu den Folgen der US-Politik unterscheiden sich deutlich, wenn man zwischen den Rückmeldungen der Unternehmen, die vor oder nach dem sogenannten Liberation Day am 2. April 2025 eingegangen sind, differenziert. Zuvor erwarteten 56 Prozent der Unternehmen negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte, danach waren es 69 Prozent der Unternehmen weltweit.

Welche Auswirkungen der neuen US-Handelspolitik erwarten Sie für das Geschäft Ihres Unternehmens vor Ort?



Die Unternehmensbefragung fand vom 17.03. bis 15.04.2025 statt. Am 02.04.2025 hat Donald Trump beim sogenannten „Liberation Day“ umfangreiche Zölle verkündet. Die Grafik stellt die Antworten der Unternehmen vor dem 02.04. und nach dem 02.04. gegenüber.

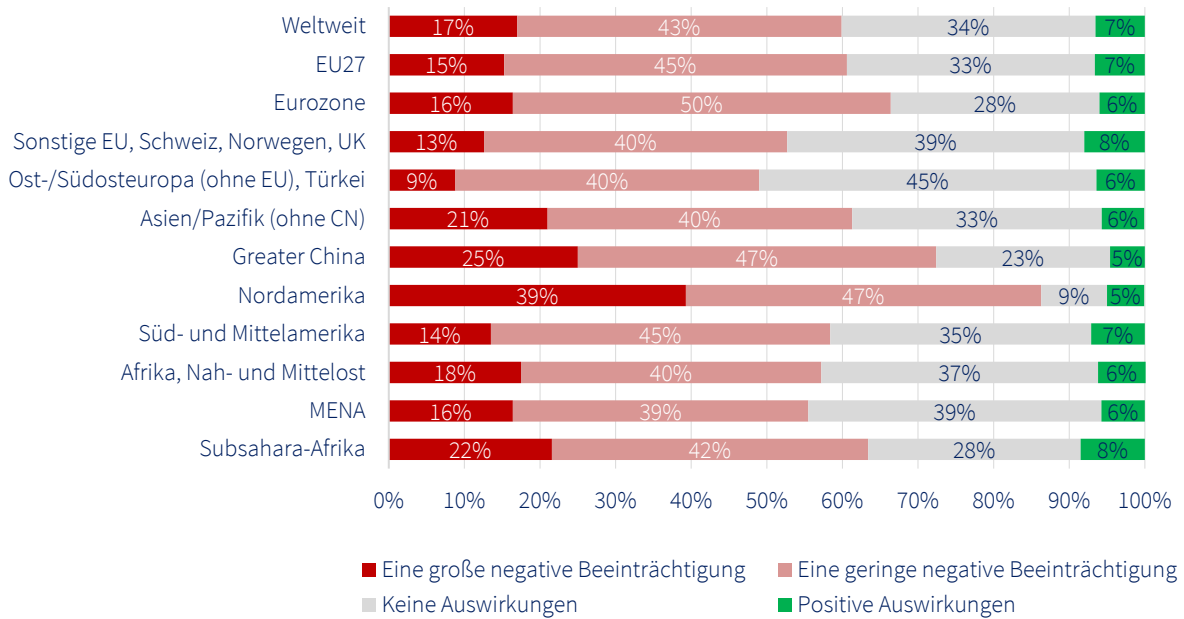


Das Bild zeigt sich für die meisten Weltregionen ähnlich, mit Ausnahme von Nordamerika. Dort liegt der Anteil der Unternehmen, die mit einer Beeinträchtigung des Geschäfts vor Ort rechnen, bei 85 Prozent (39 Prozent große Beeinträchtigung; 46 Prozent geringe Beeinträchtigung). Die Einführung von Zöllen und die Betonung auf America First sind in einer stark vernetzten, globalisierten Welt ein schlechtes Signal für den freien Handel. Unternehmen – weltweit und in den USA – sind auf funktionierende Lieferketten und zuverlässige internationale Handelsbeziehungen angewiesen und stehen mit der US-Handelspolitik nun vor großen Herausforderungen. In **Greater China** sind Unternehmen negativer gestimmt als im weltweiten Durchschnitt, was die Auswirkungen der US-Handelspolitik betrifft. 72 Prozent der Unternehmen erwarten negative Auswirkungen durch die US-Handelspolitik auf ihre Geschäfte vor Ort, 23 Prozent erwarten keine Auswirkungen. Fünf Prozent rechnen mit positiven Folgen auf ihre Geschäfte. Trotz der beträchtlichen US-Zollerhebungen für Waren aus der Volksrepublik

China sind es dort nur leicht überdurchschnittlich viele Unternehmen, welche negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte erwarten. Dies zeigt, dass chinesische Waren weltweit gefragt sind, nicht nur auf dem US-Markt, und dass viele Unternehmen auch für den lokalen Markt produzieren.

Im **Asien-Pazifikraum (ohne Greater China)** sind die Unternehmen etwas weniger betroffen: 61 Prozent gehen davon aus, dass die US-Handelspolitik ihr Geschäft vor Ort beeinträchtigt (21 Prozent große Beeinträchtigung; 40 Prozent geringe Beeinträchtigung).

**Welche Auswirkungen der neuen US-Handelspolitik erwarten Sie für das Geschäft Ihres Unternehmens vor Ort?**



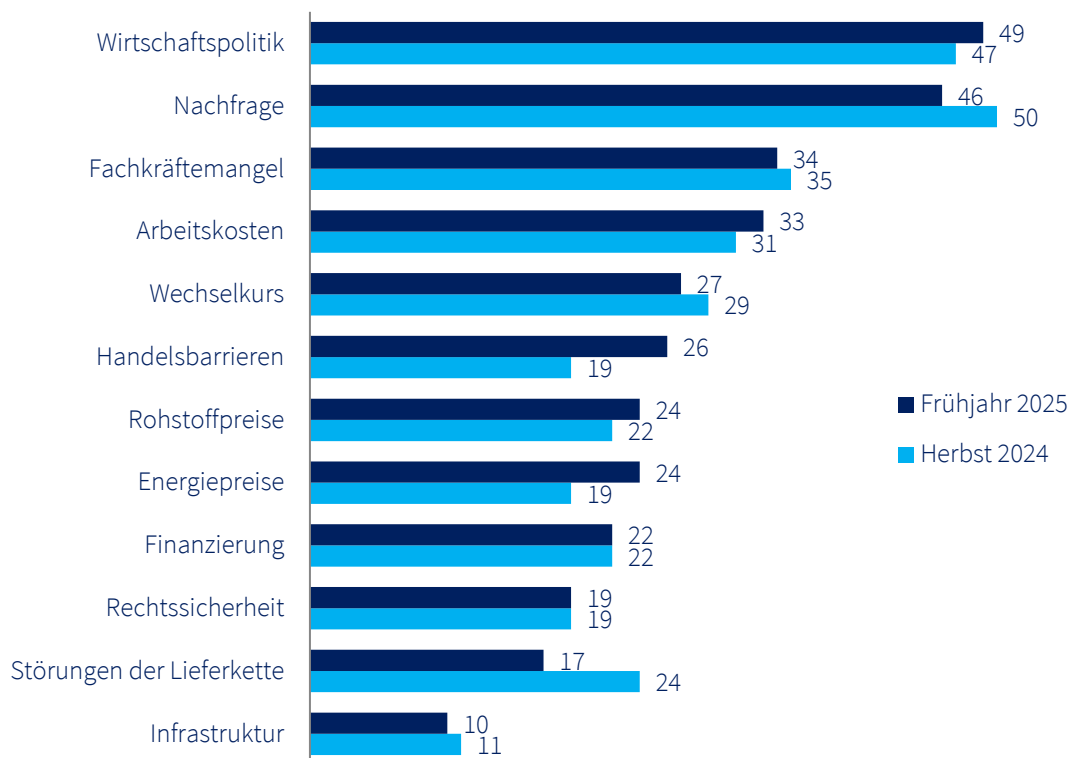
Die Unternehmen hatten die Möglichkeit in einem Freitextfeld die Auswirkungen der US-Handelspolitik auf ihr Unternehmen zu spezifizieren. Am häufigsten nennen sie dabei Ungewissheit und Planungsunsicherheit infolge der erratischen US-Zollpolitik. Ebenfalls befürchten die Unternehmen, dass mit den Zöllen die Preise in die Höhe getrieben werden und die Nachfrage sinken könnte. Auch ein instabiler US-Dollar-Wechselkurs, der die Geschäfte beeinträchtigen kann, wird als mögliche negative Auswirkung genannt. Unternehmen rechnen weltweit zudem mit einem Rückgang des Handels mit den USA, insbesondere in der Automobilbranche. Einige deutsche Unternehmen, die ihre Produkte in die USA exportieren, sorgen sich um Wettbewerbsnachteile gegenüber „Made in USA“-Waren. Einige Betriebe, die eine Verlagerung ihrer Produktionsstandorte in die USA in Erwägung gezogen haben, möchten angesichts der unsicheren Lage vorerst lieber abwarten. In Südostasien gehen Betriebe davon aus, dass chinesische Produkte den Markt fluten könnten und damit der Wettbewerbsdruck vor Ort erheblich zunehmen wird. Von den sieben Prozent, die **positive Auswirkungen** erwarten, erhoffen sich einige Unternehmen, die nicht in den USA tätig und weniger oder kaum von den US-Zöllen betroffen sind, mehr Handel mit anderen Wirtschaftsräumen wie der EU. Dabei wurden des Öfteren eine Zunahme von Exporten oder auch von ausländischen Direktinvestitionen erwähnt. Einige Betriebe spekulieren auf die Verlagerungen von Produktionsstandorten aus China in ihre Länder und erwarten von Lieferkettendiversifizierungsstrategien anderer Akteure zu profitieren. Andererseits versprechen sich Unternehmen mit Standorten in den USA, dass Sie aus „Local for Local“-Maßnahmen in den USA sowie der Schwächung des US-Dollars Nutzen ziehen können.

# Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland

Trotz der vielen geopolitischen Krisen und Konflikte entwickelte sich die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren resilient. Allerdings zieht die neue Qualität der jüngsten handelspolitischen Verwerfungen weltweit erhebliche Spuren nach sich. Das globale Wirtschaftswachstum verliert an Fahrt. Vor dem Hintergrund der großen handelspolitischen Unsicherheit und der damit verbundenen schwer zu kalkulierenden Entwicklungen bereiten vor allem die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen den Unternehmen weltweit Sorge.

So sehen die Unternehmen auch das häufigste Geschäftsrisiko in den aktuell gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (49 Prozent, Herbst 2024: 47 Prozent, langjähriger Schnitt 47 Prozent). Das zuletzt noch größte Geschäftsrisiko der mangelnden Nachfrage vor Ort rückt nun an die zweite Stelle, beschäftigt aber immer noch 46 Prozent (nach zuvor 50 Prozent) der Unternehmen. Das dritthäufigste Geschäftsrisiko stellt der Fachkräftemangel für 34 Prozent (nach zuvor 35 Prozent) der Unternehmen dar, gefolgt von hohen Arbeitskosten (33 Prozent nach zuvor 31 Prozent).

**Geschäftsrisiken der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten** (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



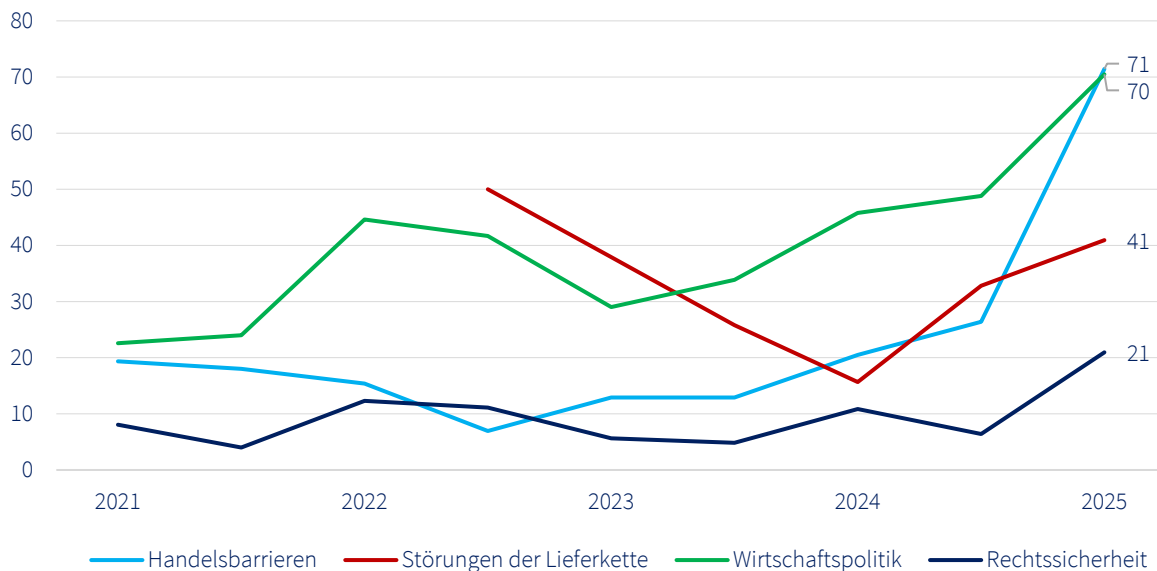
Betrachtet man die verschiedenen Branchen, zeigt sich ein ähnliches Bild: Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gelten bei den Industrie- und Bauunternehmen als das größte Risiko (48 Prozent), ebenso wie im Dienstleistungssektor (52 Prozent). Handelsunternehmen hingegen sehen die Nachfrage mit 47 Prozent als größtes Risiko, gefolgt von der Wirtschaftspolitik.

Beim Blick in die Regionen zeigen sich Unterschiede. In **Nordamerika** werden wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen im weltweiten Vergleich am häufigsten als Risiko genannt. Für knapp drei Viertel der Unternehmen (73 nach zuvor 55 Prozent) stellt die Wirtschaftspolitik die größte Herausforderung dar. An zweiter Stelle stehen Handelsbarrieren (57 zuvor 25 Prozent) und an dritter Stelle die mangelnde Nachfrage (49 zuvor 45 Prozent). Alle drei Risiken können auf die US-Handelspolitik zurückgeführt werden. Deutsche Unternehmen mit Standort in den **USA** geben als häufigstes Geschäftsrisiko Handelsbarrieren beziehungsweise die Bevorzugung

einheimischer Unternehmen an (71 Prozent nach zuvor nur 21 Prozent). Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen an zweiter Stelle mit 70 Prozent nach zuvor 46 Prozent. Mit 41 Prozent liegen die Störungen der Lieferkette an dritter Stelle (März 2024: 16 Prozent). Besonders bemerkenswert ist in den USA die Zunahme von Risiken, die durch die Handelspolitik der aktuellen Regierung verstärkt werden. Unternehmen sorgen sich um die Zukunft ihrer Geschäfte und Geschäftsbeziehungen. Strukturelle Risiken wie der Fachkräftemangel, der in den USA traditionell ein großes Geschäftsrisiko darstellt, verlieren indes aktuell im Vergleich an Bedeutung.

### Geschäftsrisiken der Unternehmen in den USA in den kommenden zwölf Monaten

(in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



In der **Europäischen Union (EU27)** sehen 54 Prozent der Unternehmen die Nachfrage als größtes Risiko. Das sind neun Prozentpunkte weniger als in der Vorumfrage. Geringfügig steigt die Wirtschaftspolitik als zweitgrößtes Risiko mit 49 Prozent (zuvor 48 Prozent). Mit den Vereinigten Staaten als größten Handelspartner ist die EU von den Folgen der US-Außenhandelspolitik besonders betroffen. Innerhalb der **Eurozone** steht die Wirtschaftspolitik mit 55 Prozent (49 Prozent im Herbst 2024) an erster Stelle der Risiken für die befragten Unternehmen. Die Nachfrage tritt in den Hintergrund, bleibt aber für knapp die Hälfte der Betriebe ein Risiko (49 Prozent nach zuvor 59 Prozent).

In der gesamten **Region Asien und Pazifik** sehen 49 Prozent der Unternehmen die schwache Nachfrage (Anstieg um sechs Prozentpunkte) und 44 Prozent die Wirtschaftspolitik als größte Herausforderungen an (Abnahme um 16 Prozentpunkte). In **Indien** hat die Nennung der Handelsbarrieren als Risiko erheblich zugenommen. Waren es in der Vorumfrage nur 23 Prozent, sind es aktuell 40 Prozent der Unternehmen vor Ort, die dieses Risiko betrifft (Zunahme um 17 Prozentpunkte). Die Unternehmen in der Region **Greater China** (China, Taiwan, Hong Kong) nennen ebenfalls die Nachfrage als größtes Risiko (71 nach zuvor 76 Prozent), gefolgt von Handelsbarrieren (43 zuvor 40 Prozent) und Wirtschaftspolitik (43 zuvor 40 Prozent). Auch hier ist höchstwahrscheinlich der neue Zollkrieg zwischen China und den USA die Hauptursache für diese Entwicklung.

Zugleich sehen sich Unternehmen in **Süd- und Mittelamerika** mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert (Insgesamt 55 Prozent, zuvor 60). Insbesondere in Ecuador nennen 90 Prozent der Unternehmen dieses Risiko (weltweit am höchsten) und in Kolumbien 70 Prozent. Beide Länder sind vom Erdöllexport in die USA abhängig und damit von der aktuellen US-Außenhandelspolitik besonders getroffen. Der hohe Anteil in Ecuador ist unter anderem auch auf die Präsidentenwahl Mitte April zurückzuführen, die in den Zeitraum der Befragung fiel.

In **Afrika, Nah- und Mittelost** stufen die Unternehmen neben der Wirtschaftspolitik auch die Wechselkursentwicklung als Hauptrisiko ein. Beide Risiken werden von 41 Prozent der Unternehmen in der Region genannt, gefolgt

von Finanzierungsrisiken (37 Prozent, zuvor 40). In **Subsahara-Afrika** sehen die Risiken ähnlich aus: Wirtschaftspolitik mit 55 nach zuvor 56 Prozent und Wechselkurs an erster Stelle mit 55 nach zuvor 50 Prozent. An dritter Stelle sehen Unternehmen Finanzierungsschwierigkeiten als Geschäftsrisiko an (50 nach zuvor 49 Prozent).

### Geschäftsrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland in Prozent, Mehrfachnennung möglich

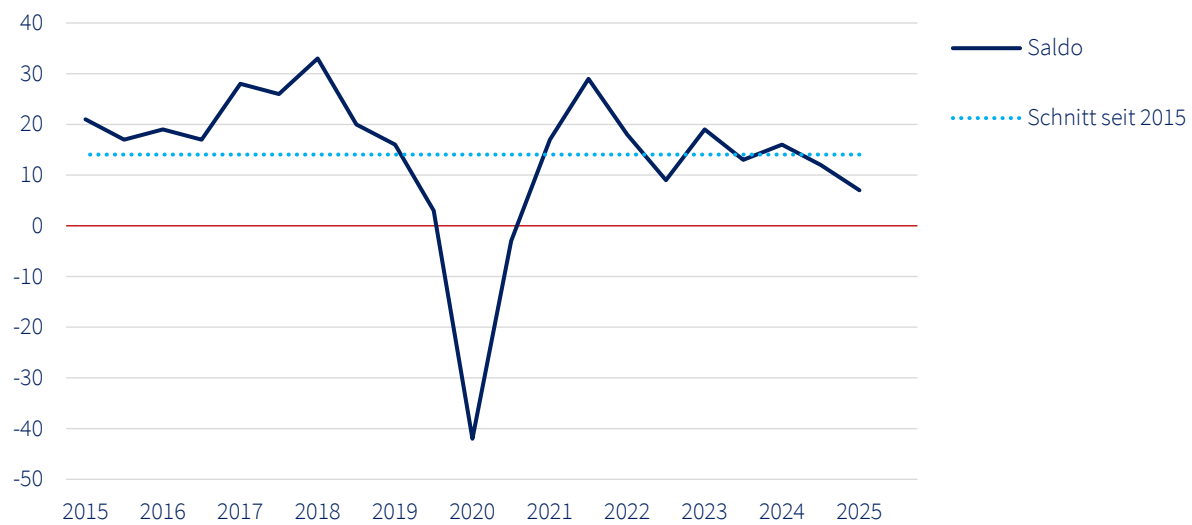
	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitik	Infrastruktur	Handelsbarrieren	Störungen Lieferkette
<b>Weltweit</b>	46	22	33	34	27	24	24	19	49	10	26	17
<b>EU27</b>	54	14	47	41	15	36	27	18	49	8	21	7
<b>Eurozone</b>	49	12	42	39	4	31	22	14	55	6	23	12
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	53	19	47	41	23	37	29	25	47	12	21	4
<b>Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei</b>	36	35	43	34	51	18	16	27	57	4	20	22
<b>Asien/Pazifik (ohne Greater China))</b>	49	23	23	34	41	16	26	12	44	12	37	27
<b>Greater China</b>	71	10	20	16	20	8	12	7	43	2	43	23
Hongkong	64	17	25	19	11	3	14	8	67	0	53	28
Taiwan	60	4	16	26	19	16	11	5	33	5	35	28
Volksrepublik China	79	12	21	10	23	5	13	7	41	1	45	18
<b>Nordamerika</b>	49	14	19	27	21	6	19	23	73	4	57	34
Kanada	66	21	10	17	24	3	10	7	76	7	59	24
Mexiko	58	18	22	16	32	6	8	38	78	4	26	24
USA	40	10	20	35	14	7	27	21	70	4	71	41
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	37	25	28	26	30	12	20	30	55	13	16	18
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	30	37	21	27	41	24	26	14	41	13	25	26
<b>MENA</b>	29	34	22	28	38	23	27	14	37	9	25	26
<b>Subsahara-Afrika</b>	32	50	20	22	55	28	22	17	55	26	29	27

Darüber hinaus hatten die Unternehmen die Möglichkeit weitere Risiken in einem Freitextfeld zu benennen. Dabei wurde insbesondere die Sorge vor einer Eskalation des US-Zollkonfliktes sowie vor einer globalen Rezession genannt. Geschäftsrisiken sind zudem die Bürokratie und Überregulierung, mancherorts Korruption sowie die chinesische Konkurrenz, die insbesondere durch staatlich gefördertes Preisdumping Marktanteile gewinnt.

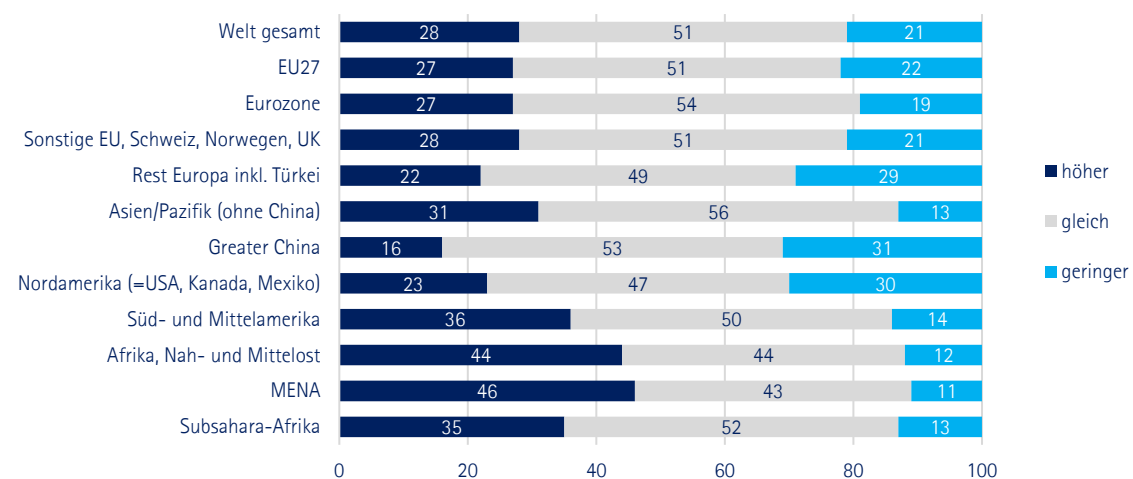
# Investitionspläne der Unternehmen

Die Investitionspläne der Unternehmen sind vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen erneut gesunken. Der negative Trend hält seit dem Frühjahr 2024 an: 28 Prozent (Herbst 2024: 30 Prozent) der Unternehmen planen höhere Investitionen in den kommenden zwölf Monaten, 21 Prozent (Herbst 2024: 18 Prozent) verringern ihren Kapitaleinsatz. Knapp die Hälfte plant, ihre Investitionstätigkeit nicht zu verändern. Der resultierende Saldo sinkt auf sieben Punkte (Herbst 2024: 12 Punkte) und liegt somit deutlich unter seinem langjährigen Schnitt (14 Punkte). Die Investitionsdynamik deutscher Unternehmen im Ausland lässt somit erneut nach.

Investitionsabsichten der Unternehmen (Saldo aus „höher“ minus „geringer“-Antworten in Punkten)

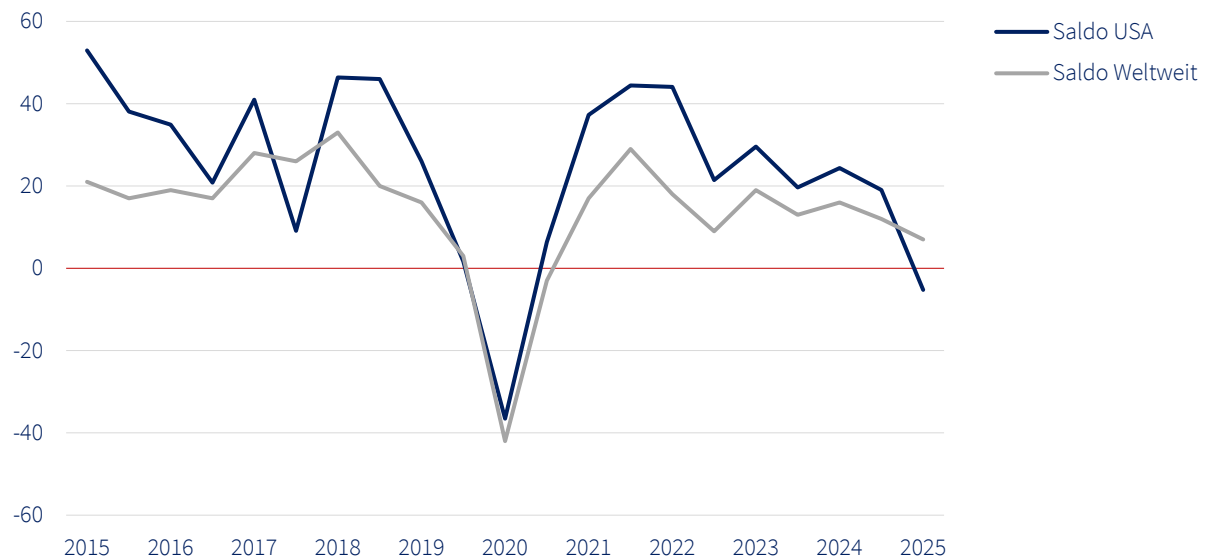


Investitionsabsichten der Unternehmen (Anteil der Nennungen in Prozent)



Waren die **USA** noch vor der Umfrage einer der attraktivsten Investitionsmärkte für deutsche Unternehmen, führt die aktuelle Verunsicherung durch die Handelspolitik der neuen Regierung zu drastischen Einschnitten bei den Investitionsplänen: Nur noch 24 Prozent planen höhere Investitionen im kommenden Jahr, 29 Prozent hingegen sehen sich gezwungen, ihre Investitionen zu verringern. Der Saldo stürzt von 19 Punkten auf minus fünf Punkte ab. Die Investitionsabsichten liegen damit auf dem coronabereinigten niedrigsten Wert seit Beginn der Umfrage – 30 Punkte unter ihrem langjährigen Durchschnitt (25 Punkte).

## Investitionsabsichten deutscher Unternehmen weltweit und in den USA (Saldo in Punkten)



Ähnlich verändern sich die Investitionspläne deutscher Unternehmen in Kanada sowie in Mexiko. In **Kanada** planen nur zehn Prozent höhere Investitionen im kommenden Jahr, 38 Prozent planen, ihre Investitionen zu verringern. Der Saldo fällt damit tief – von null auf minus 30 Punkte. In **Mexiko** hat sich das Bild vom Herbst 2024 ebenfalls umgekehrt: Mit höheren Investitionen planen nur noch halb so viele Unternehmen wie im Herbst (20 nach zuvor 41 Prozent), gleichzeitig verdoppelt sich der Anteil mit restriktiven Investitionsplänen von 21 auf 40 Prozent. Der Saldo dreht von plus 21 auf minus 21 Punkte.

Die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen in der **MENA-Region** hat sich im Vergleich zum Herbst 2024 leicht verringert - zum dritten Mal in Folge. Dennoch plant hier knapp die Hälfte der Unternehmen (46 Prozent) höhere Investitionen vor Ort. Das sind deutlich mehr als im weltweiten Vergleich (28 Prozent). In der Gesamtregion **Afrika, Nah- und Mittelost** sind es 44 Prozent der Unternehmen, die planen in den nächsten zwölf Monaten mehr zu investieren.

In **Asien/Pazifik ohne Greater China** haben sich die Investitionspläne der Unternehmen für die nächsten zwölf Monate wieder leicht reduziert. Nur noch 31 Prozent der Unternehmen planen höhere Investitionen, wohingegen 13 Prozent ihre Investitionen in den kommenden zwölf Monaten einschränken müssen. Der Saldo sinkt leicht von 20 auf 18 Punkte (Frühjahr 2024: ebenfalls 18 Punkte).

Die Investitionsbereitschaft in **Greater China** sinkt indes erneut. Insbesondere in Festlandchina schraubt gut jedes dritte Unternehmen (33 Prozent) seine Investitionsabsichten für die kommenden zwölf Monate zurück. Hier werden die Investitionspläne der Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr nochmals heruntergefahren.

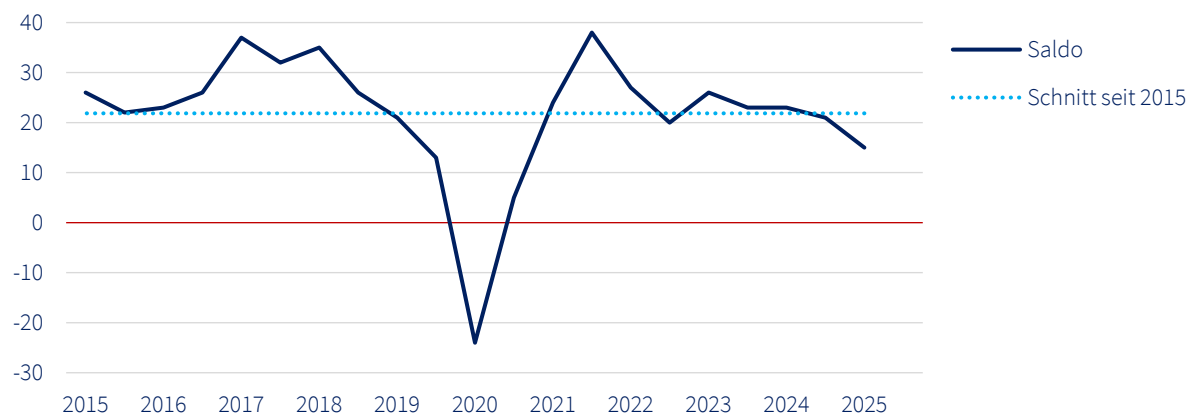
Im Gegensatz zu den weltweit zurückhaltenden Investitionsabsichten planen 36 Prozent der Unternehmen in **Süd- und Mittelamerika** im kommenden Jahr höhere Investitionen an ihren Standorten. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt von 19 auf 22 Punkte.

Auch in **Subsahara-Afrika** ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Vergleich zur Herbst-Befragung erneut gestiegen. So planen 35 Prozent der vor Ort engagierten Betriebe höhere Investitionen, und nur 13 Prozent erwägen, ihre Investitionen herunterzufahren (Saldo von 22 nach zuvor 16 Punkten).

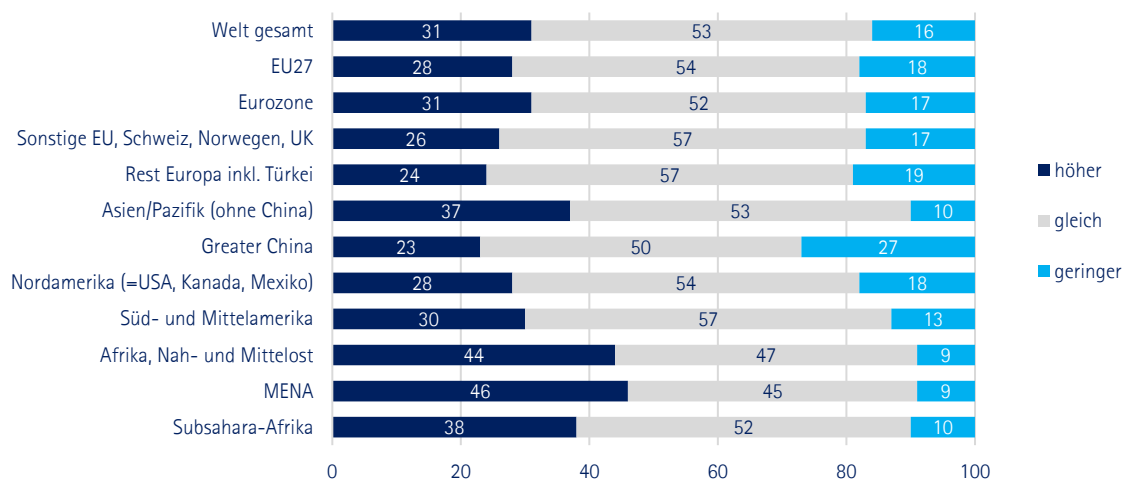
# Beschäftigungsabsichten

Ähnlich wie bei den Investitionen trüben sich auch die Beschäftigungsabsichten der deutschen Auslandsunternehmen ein. Die große Unsicherheit bei der wirtschaftlichen Entwicklung lässt Unternehmen bei Einstellungen zögern. Während 31 Prozent der Unternehmen einen höheren Personalstand in den kommenden zwölf Monaten aufbauen wollen, planen 16 Prozent mit weniger Beschäftigten. Der Saldo aus höheren und geringeren Beschäftigungsabsichten sinkt damit deutlich von 21 Punkten auf aktuell nur noch 15 Punkte.

**Beschäftigungsabsichten der Unternehmen** (Saldo aus „höher“ minus „geringer“-Meldungen in Punkten)



**Beschäftigungsabsichten der Unternehmen** (Anteil der Nennungen in Prozent)



Während insgesamt weltweit die Beschäftigungsabsichten für das kommende Jahr zurückgenommen werden, zeigen sich beim Blick in die Regionen jedoch Unterschiede.

Die Beschäftigungsabsichten sind in der **MENA-Region** mit Abstand am höchsten, wengleich auch hier die Dynamik beim Stellenaufbau sinkt. 46 Prozent der Unternehmen planen den Ausbau ihres Personalbestands im kommenden Jahr und nur neun Prozent müssen Personal reduzieren. Der Saldo sinkt von zuvor 51 auf aktuell 37 Punkte.

Unternehmen in **Subsahara-Afrika** planen einen deutlichen Stellenausbau. 38 Prozent der Unternehmen möchten hier den Personalstand erhöhen, 10 Prozent rechnen mit einem Personalabbau. Der Saldo steigt um ganze 20 Punkte von acht auf 28 Punkte.

Auch in **Greater China** nehmen die Beschäftigungsabsichten im Vergleich zur Vorumfrage zu. 23 Prozent der Unternehmen planen, ihren Beschäftigtenstand auszuweiten, während mehr als ein Viertel (27 Prozent) die Beschäftigtenzahl verringern will. Der sich daraus ergebende Saldo ist zwar eine Verbesserung liegt aber dennoch weiterhin im negativen Bereich (minus vier Punkte nach zuvor minus zwölf Punkten). Diese positive Veränderung zeigt sich vor allem in **Festlandchina** (Saldo minus vier nach zuvor minus 15 Punkten). In Hongkong und Taiwan verschlechtern sich die Beschäftigungsabsichten jeweils.

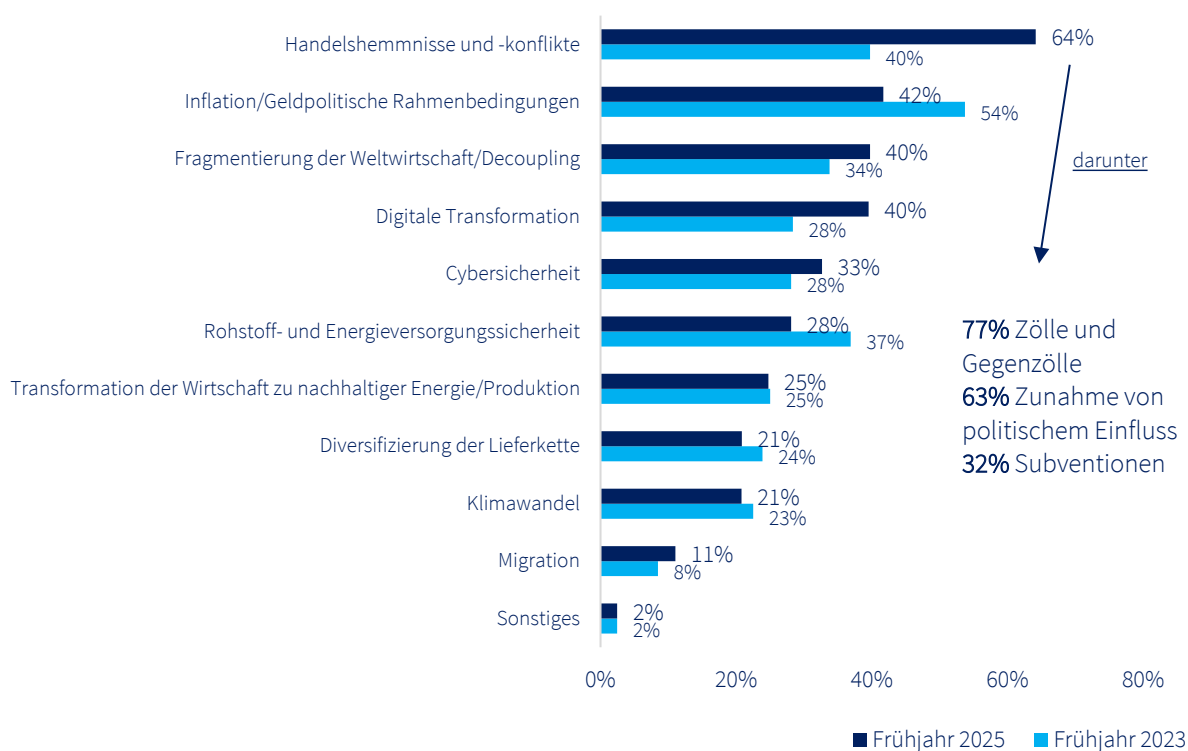
In **Süd- und Mittelamerika** verbessern sich die Beschäftigungsabsichten ebenfalls, wenn auch nur leicht. Der Saldo steigt von 16 auf 17 Punkte. Besonders optimistisch sind Unternehmen in Guatemala, Costa Rica und Uruguay, während Unternehmen in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Peru, ihre Beschäftigungsabsichten für das nächste Jahr senken.

Mit Abstand am negativsten ist die Aussicht bei der Beschäftigung in **Nordamerika**. Dort verringert sich der Saldo von 35 auf zehn Punkte. In **Mexiko** hat nur noch ein Viertel der Unternehmen Absichten, Beschäftigte im kommenden Jahr einzustellen, während ebenfalls ein Viertel der Unternehmen einen Stellenabbau vornehmen will. Die unsichere wirtschaftliche Lage hemmt nicht nur Investitionen, denn weniger Produktion für den Export in die USA wirkt sich auch auf den Beschäftigtenstand in Mexiko oder Kanada aus. Auf dem **US-Markt** sind fast eine Million Fachkräfte durch dort aktive deutsche Unternehmen beschäftigt. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit führt jedoch auch in den **USA** dazu, dass Unternehmen ihre Beschäftigungspläne überarbeiten und anpassen müssen. 28 Prozent der Unternehmen planen mehr Beschäftigte einzustellen, 16 Prozent hingegen wollen Ihren Beschäftigtenstand verringern. Der Saldo sinkt von 34 Punkten auf nur noch zwölf Punkte.

# Globale Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren

Die Unternehmen sehen sich an ihren internationalen Standorten mit verschiedenen geopolitischen Herausforderungen konfrontiert und finden sich derzeit in einem insgesamt unsicheren makroökonomischen und geopolitischen Umfeld wieder. Die Herausforderungen der nächsten fünf Jahre, vor denen deutsche Unternehmen weltweit stehen, sind zahlreich. Der sich noch im Herbst 2024 angekündigte leichte Aufschwung wurde mit der Handelspolitik der neuen US-Administration abrupt beendet. Neue Zölle und Regulierungen seitens der größten Wirtschaftsmacht Unternehmen weltweit in Atem. Der drohende Umbruch der weltwirtschaftlichen Ordnung sorgt für große Verunsicherung. Die angespannte Lage führt dazu, dass sich alle bereits 2023 relevanten Faktoren aus Sicht der Unternehmen für die nächsten fünf Jahre weiter verschärft haben. Auch wenn einige Indikatoren im aktuellen wirtschaftspolitischen Geschehen scheinbar an Bedeutung verloren haben, werden sie von Unternehmen dennoch häufiger genannt als noch zuvor.

Globale Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren (Mehrfachantworten möglich)



Einige Indikatoren werden aktuell deutlich häufiger genannt wie noch 2023. So stellen **Handelshemmnisse und Handelskonflikte** die größte globale Herausforderung in einem Zeitraum von fünf Jahren dar: Mehr als doppelt so viele Unternehmen wie noch 2023 sehen darin eine Herausforderung (64 Prozent, 2023: 40 Prozent). In Nordamerika sind davon sogar 83 Prozent der Unternehmen überzeugt. Am höchsten liegt hier der Wert für Mexiko: 86 Prozent der Unternehmen sehen Handelshemmnisse und Konflikte als größte Herausforderung für die kommenden fünf Jahre. In den USA selbst sind es immerhin noch 82 Prozent.

Dreiviertel der deutschen Unternehmen weltweit sehen dabei **Zölle und Gegenzölle** (77 Prozent) als größte globale Herausforderung in den kommenden fünf Jahren. Zwei Drittel (63 Prozent) sehen die **Zunahme von politischem Einfluss auf Lieferketten** kritisch. Die politische Einflussnahme auf Lieferketten kann durch Regulierungen im Bereich der Wirtschaftssicherheit wie divergierende Exportkontrollen oder Investitionsprüfungen aber auch durch die entstehenden Berichtspflichten zu höheren Kosten und einem erhöhten Planungsaufwand bei den Unternehmen führen – und damit der notwendigen Diversifizierung von Lieferketten im Wege stehen. Für

immerhin ein Drittel (32 Prozent) der Unternehmen stellen **Subventionen und eine diskriminierende Industriepolitik** die größte Herausforderung in den kommenden fünf Jahren da.

Mit der Veränderung des makroökonomischen Umfelds gehen auch Veränderungen der **Inflation und der geldpolitischen Rahmenbedingungen** einher: 42 Prozent der Unternehmen nehmen dies als größte globale Herausforderung für die kommenden fünf Jahre wahr. Als Folge der US-Handelspolitik und damit einem befürchteten Umbruch in der Weltwirtschaftsordnung prognostizieren viele Unternehmen eine **Fragmentierung der Weltwirtschaft / Decoupling** (40 Prozent (2023: 34 Prozent)). Der eskalierende Handelskonflikt zwischen den USA und China ist Abbild des zunehmenden Protektionismus weltweit. Auch eine Fragmentierung der Weltwirtschaft kann der Diversifizierung von Lieferketten im Wege stehen. Die **Diversifizierung der Lieferketten bzw. De-Risking** – und damit geringere Abhängigkeiten von unsicheren Handelspartnern – bekommen damit eine neue Bedeutung: Sie spielen im Vergleich zu 2023 weiterhin eine große Rolle für die Unternehmen. Ein Fünftel der Unternehmen sieht darin die größte globale Herausforderung der kommenden fünf Jahre – nach zuvor 24 Prozent. Zunehmend beeinflussen auch Gesetze und Vorschriften zu Umwelt- und Sozialstandards, wie und wo Unternehmen ihre Lieferketten aufbauen können.

Der fortschreitende **Klimawandel** verliert zwar vor dem Hintergrund anderer akuter Herausforderungen relativ an Brisanz, die Bedeutung für die Weltwirtschaft ist in Anbetracht der weltweit spürbaren Auswirkungen der Erderwärmung jedoch weiterhin von großer Bedeutung. Sie sollte nicht außer Acht gelassen werden: Ein Fünftel der Unternehmen sieht im Klimawandel eine der größten globalen Herausforderung in den kommenden fünf Jahren (2023: 23 Prozent). Neben der Transformation zu nachhaltiger Energie und umweltschonenden Produktionsprozessen sehen sich die Unternehmen in der Verpflichtung, Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Faktoren wie die **nachhaltige Energieerzeugung sowie nachhaltige Produktionswege** spielen dabei eine große Rolle: Ein Viertel der Unternehmen sieht darin mittelfristig die größte globale Herausforderung (2023: 25 Prozent). Die Umstellung auf umweltfreundliche und nachhaltige Produktionsverfahren und Unternehmensaktivitäten würden einen hohen Investitionsbedarf und eine Umstrukturierung zahlreicher Prozesse erfordern – sei es auf die Umstellung auf erneuerbare Energien, energieeffiziente Produktionsverfahren oder die Nutzung alternativer oder recycelter Materialien. Eine Anstrengung, die unter den aktuellen geopolitischen Vorzeichen leider an Schwung verliert. Auch die **Versorgungssicherheit von Rohstoffen und Energie** bleibt wichtig: 28 Prozent der Unternehmen sind bereit, für mehr Sicherheit bei der Rohstoff- und Energieversorgung zu sorgen (2023: 37 Prozent). Nach den Erfahrungen von unterbrochenen Lieferketten und Knappheiten von Rohstoffen sowie hohen Energiekosten machen sich die Unternehmen um eine zuverlässige Versorgung mit Rohstoffen und Energie große Sorgen. Geopolitische Spannungen können zudem in Handelsbarrieren resultieren, die die Rohstoff- und Energielieferketten unterbrechen.

In der **digitalen Transformation und künstlicher Intelligenz** sehen mehr als doppelt so viele Unternehmen wie noch vor zwei Jahren die für sie mittelfristig größte globale Herausforderung (40 Prozent nach zuvor 28 Prozent). Die digitale Transformation umfasst etwa die Einführung neuer digitaler Technologien wie Künstliche Intelligenz, Big Data, Cloud Computing und das Internet der Dinge. Die IT-Infrastruktur und auch eigene Geschäftsmodelle müssen angepasst werden. Gleichzeitig steigt die Bedrohung durch Cyberangriffe, die schwerwiegende Folgen für Unternehmen selbst haben können. Hier sehen ein Drittel der Unternehmen (2023: 28 Prozent) eine globale Herausforderung, auch vor dem Hintergrund der angespannten geopolitischen Lage sowie den zahlreichen Konflikten. Sowohl die digitale Transformation also auch die Cybersicherheit erfordern viele und erhebliche Investitionen. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel und regionale Herausforderungen wie politische Spannungen können ferner zu **Migration** führen. Dies wird von 11 Prozent der Unternehmen als Herausforderung wahrgenommen (Herbst 2023: acht Prozent).

# Statistischer Anhang

## Auswertung der Ergebnisse nach Ländern

Jeweils Saldo aus gut/besser-Antworten minus schlecht/geringer-Antworten

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäftigungs- absichten
<b>Welt gesamt</b>	<b>26</b>	<b>25</b>	<b>-14</b>	<b>7</b>	<b>15</b>
<b>EU27</b>	<b>27</b>	<b>18</b>	<b>-18</b>	<b>5</b>	<b>10</b>
<b>Eurozone</b>	<b>28</b>	<b>18</b>	<b>-21</b>	<b>8</b>	<b>14</b>
Estland	19	9	-9	21	9
Frankreich	-11	15	-44	0	7
Griechenland	43	47	-11	22	26
Italien	24	13	-30	6	22
Kroatien	35	32	3	38	38
Lettland	42	52	-20	17	38
Litauen	51	29	-10	15	24
Niederlande	13	11	7	15	2
Österreich	32	24	-3	3	-3
Portugal	44	20	-20	9	16
Slowakei	15	-17	-64	-23	-3
Slowenien	25	4	-33	-13	-2
Spanien	54	36	-8	27	22
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>29</b>	<b>23</b>	<b>-15</b>	<b>7</b>	<b>9</b>
Bulgarien	41	34	-12	15	19
Norwegen	53	48	24	14	26
Polen	45	22	-1	1	5
Rumänien	18	11	-57	1	-10
Schweden	41	44	8	18	10
Schweiz	27	20	-8	4	4
Tschechien	18	18	-13	5	9
Ungarn	4	1	-30	-14	-3
Vereinigtes Königreich	28	34	-38	25	23
<b>Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei</b>	<b>27</b>	<b>13</b>	<b>-34</b>	<b>-7</b>	<b>5</b>
Albanien	7	22	4	15	19
Bosnien und Herzegowina	30	24	-17	16	20
Kosovo	48	59	11	36	50
Nordmazedonien	22	22	10	10	2
Serbien	22	22	-48	12	15
Türkei	28	5	-46	-34	-7
Ukraine	38	21	-19	11	19
Weißrussland (Belarus)	18	10	-8	3	13
<b>Asien/Pazifik (ohne Greater China)</b>	<b>23</b>	<b>35</b>	<b>-10</b>	<b>18</b>	<b>27</b>
Indien	42	64	51	50	45
Indonesien	20	40	-24	-5	20
Japan	7	18	-50	22	27

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäftigungs- absichten
Kasachstan	46	29	9	14	26
Korea, Süd	-19	-8	-64	-22	-8
Malaysia	36	50	6	16	34
Neuseeland	42	27	12	19	-4
Philippinen	47	62	27	38	38
Singapur	4	-7	-29	-14	0
Sri Lanka	54	64	39	29	26
Thailand	10	26	-24	0	22
Vietnam	21	38	13	33	32
<b>Greater China</b>	<b>-2</b>	<b>11</b>	<b>-15</b>	<b>-15</b>	<b>-4</b>
Hong Kong, SAR	17	22	-17	-10	-14
Taiwan	16	26	-7	0	5
Volksrepublik China	-5	9	-16	-21	-4
<b>Nordamerika</b>	<b>36</b>	<b>5</b>	<b>-34</b>	<b>-7</b>	<b>10</b>
Kanada	34	-31	-69	-30	-7
Mexiko	28	-2	-52	-21	0
USA	37	9	-30	-5	12
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>37</b>	<b>47</b>	<b>-6</b>	<b>22</b>	<b>17</b>
Argentinien	37	47	63	56	32
Brasilien	29	59	-9	21	24
Chile	28	43	-40	11	-4
Costa Rica	38	34	-18	28	18
Ecuador	44	58	-3	13	10
El Salvador	31	58	8	16	35
Guatemala	58	48	-6	28	27
Kolumbien	36	20	-36	25	4
Paraguay	48	74	24	49	29
Peru	26	61	-4	13	26
Uruguay	59	58	-2	25	25
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>39</b>	<b>54</b>	<b>26</b>	<b>32</b>	<b>35</b>
<b>MENA</b>	<b>44</b>	<b>53</b>	<b>29</b>	<b>35</b>	<b>37</b>
<b>Subsahara-Afrika</b>	<b>26</b>	<b>55</b>	<b>13</b>	<b>22</b>	<b>28</b>
Ägypten	39	49	23	36	37
Algerien	21	64	25	52	46
Irak	70	70	50	62	53
Katar	38	38	8	26	27
Marokko	52	78	64	42	50
Nigeria	32	76	27	41	41
Oman	54	71	29	26	38
Pakistan	48	63	41	33	37
Saudi-Arabien	60	64	45	38	38
Südafrika	7	23	-10	-15	3
Tansania	38	71	52	53	43
Tunesien	4	42	-19	9	17
Vereinigte Arabische Emirate	56	52	44	41	35

## Geschäftsrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland

in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitik	Infrastruktur	Handelsbarrieren	Störungen Lieferkette
<b>Weltweit</b>	<b>46</b>	<b>22</b>	<b>33</b>	<b>34</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>19</b>	<b>49</b>	<b>10</b>	<b>26</b>	<b>17</b>
<b>EU27</b>	<b>54</b>	<b>14</b>	<b>47</b>	<b>41</b>	<b>15</b>	<b>36</b>	<b>27</b>	<b>18</b>	<b>49</b>	<b>8</b>	<b>21</b>	<b>7</b>
<b>Eurozone</b>	<b>49</b>	<b>12</b>	<b>42</b>	<b>39</b>	<b>4</b>	<b>31</b>	<b>22</b>	<b>14</b>	<b>55</b>	<b>6</b>	<b>23</b>	<b>12</b>
Estland	60	19	57	24	0	21	10	5	50	0	36	0
Frankreich	81	7	33	11	0	19	15	7	74	0	48	19
Griechenland	41	37	30	52	4	33	26	15	43	2	13	13
Italien	67	6	24	36	6	38	22	10	57	5	32	17
Kroatien	43	12	47	49	1	19	18	16	36	7	14	0
Lettland	35	17	43	42	3	32	23	12	70	5	7	0
Litauen	43	8	43	35	2	28	20	8	60	2	10	0
Niederlande	2	9	34	45	27	30	32	11	23	14	41	77
Österreich	51	8	59	27	3	32	8	16	57	3	22	11
Portugal	60	16	24	40	0	28	36	8	48	8	28	32
Slowakei	56	6	52	54	0	43	20	28	60	7	18	0
Slowenien	53	7	60	41	3	45	29	12	55	7	17	0
Spanien	46	8	28	34	1	12	21	21	75	7	28	24
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>53</b>	<b>19</b>	<b>47</b>	<b>41</b>	<b>23</b>	<b>37</b>	<b>29</b>	<b>25</b>	<b>47</b>	<b>12</b>	<b>21</b>	<b>4</b>
Bulgarien	50	14	60	57	0	33	21	21	38	12	19	0
Norwegen	46	15	19	34	28	22	22	5	48	5	29	27
Polen	41	21	61	39	41	59	52	31	28	14	17	0
Rumänien	60	17	55	48	12	43	23	22	56	15	16	0
Schweden	51	5	18	28	21	21	38	3	26	10	38	18
Schweiz	58	8	27	23	19	23	19	19	65	8	31	4
Tschechien	63	13	49	43	24	46	28	8	35	8	17	0
Ungarn	72	21	55	42	39	40	32	30	53	9	21	0
Vereinigtes Königreich	37	18	22	14	0	8	8	24	59	18	39	18
<b>Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei</b>	<b>36</b>	<b>35</b>	<b>43</b>	<b>34</b>	<b>51</b>	<b>18</b>	<b>16</b>	<b>27</b>	<b>57</b>	<b>4</b>	<b>20</b>	<b>22</b>
Albanien	30	26	56	67	56	19	30	22	52	22	26	0
Bosnien und Herzegowina	42	22	49	41	3	37	26	34	67	11	13	7
Kosovo	35	41	43	40	6	49	29	24	40	19	27	0
Nordmazedonien	52	32	52	62	4	42	24	46	24	16	28	0
Serbien	47	16	38	37	16	22	22	48	73	10	13	0
Türkei	23	48	61	18	83	20	21	40	67	2	15	15
Ukraine	48	17	26	64	29	17	5	26	50	7	21	10
Weißrussland (Belarus)	48	23	30	33	35	3	15	10	60	0	30	45
<b>Asien/Pazifik (ohne Greater China)</b>	<b>49</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>34</b>	<b>41</b>	<b>16</b>	<b>26</b>	<b>12</b>	<b>44</b>	<b>12</b>	<b>37</b>	<b>27</b>
Indien	36	16	11	29	38	7	29	13	38	18	40	38
Indonesien	46	33	17	8	63	17	25	29	63	13	58	29
Japan	56	5	19	35	70	12	30	5	23	1	26	21
Kasachstan	44	35	21	50	53	24	18	26	59	15	32	38
Korea, Süd	61	22	33	19	61	14	17	17	47	3	44	11
Malaysia	60	23	21	35	28	12	22	8	46	10	43	26
Neuseeland	62	19	23	46	58	15	27	4	54	8	8	35
Philippinen	42	33	32	34	36	28	38	18	43	19	34	28
Singapur	64	11	32	14	29	7	11	7	64	14	57	39
Sri Lanka	26	25	23	47	49	19	30	4	55	19	45	36
Thailand	58	26	12	42	12	12	18	4	36	6	36	18
Vietnam	52	23	18	25	32	9	25	16	45	13	39	27

	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitik	Infrastruktur	Handelsbarrieren	Störungen Lieferkette
<b>Greater China</b>	<b>71</b>	<b>10</b>	<b>20</b>	<b>16</b>	<b>20</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>7</b>	<b>43</b>	<b>2</b>	<b>43</b>	<b>23</b>
Hongkong	64	17	25	19	11	3	14	8	67	0	53	28
Taiwan	60	4	16	26	19	16	11	5	33	5	35	28
Volksrepublik China	79	12	21	10	23	5	13	7	41	1	45	18
<b>Nordamerika</b>	<b>49</b>	<b>14</b>	<b>19</b>	<b>27</b>	<b>21</b>	<b>6</b>	<b>19</b>	<b>23</b>	<b>73</b>	<b>4</b>	<b>57</b>	<b>34</b>
Kanada	66	21	10	17	24	3	10	7	76	7	59	24
Mexiko	58	18	22	16	32	6	8	38	78	4	26	24
USA	40	10	20	35	14	7	27	21	70	4	71	41
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>37</b>	<b>25</b>	<b>28</b>	<b>26</b>	<b>30</b>	<b>12</b>	<b>20</b>	<b>30</b>	<b>55</b>	<b>13</b>	<b>16</b>	<b>18</b>
Argentinien	61	13	47	13	53	5	5	24	47	11	29	18
Brasilien	27	27	33	39	45	0	27	30	36	12	30	9
Chile	46	26	40	24	26	20	28	28	64	4	4	14
Costa Rica	35	27	31	35	65	12	18	20	45	24	10	8
Ecuador	31	34	6	10	5	11	18	58	90	11	16	13
El Salvador	36	28	32	44	8	12	32	44	56	12	16	40
Guatemala	39	30	27	36	9	12	21	36	58	48	24	30
Kolumbien	24	20	24	13	33	36	18	36	69	11	29	20
Paraguay	23	35	15	45	23	8	25	38	45	20	18	18
Peru	36	27	5	18	14	5	14	36	73	0	5	27
Uruguay	40	16	40	29	24	8	16	4	28	6	10	14
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>30</b>	<b>37</b>	<b>21</b>	<b>27</b>	<b>41</b>	<b>24</b>	<b>26</b>	<b>14</b>	<b>41</b>	<b>13</b>	<b>25</b>	<b>26</b>
<b>MENA</b>	<b>29</b>	<b>34</b>	<b>22</b>	<b>28</b>	<b>38</b>	<b>23</b>	<b>27</b>	<b>14</b>	<b>37</b>	<b>9</b>	<b>25</b>	<b>26</b>
<b>Subsahara-Afrika</b>	<b>32</b>	<b>50</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>55</b>	<b>28</b>	<b>22</b>	<b>17</b>	<b>55</b>	<b>26</b>	<b>29</b>	<b>27</b>
Ägypten	21	39	21	27	53	26	33	13	33	6	19	26
Algerien	11	15	4	22	30	4	26	15	44	11	37	26
Irak	31	55	28	24	24	17	17	10	31	17	21	14
Katar	42	35	19	42	15	8	8	8	42	12	35	31
Marokko	41	34	3	31	28	21	24	7	24	14	31	28
Nigeria	29	61	34	20	64	47	36	8	49	27	25	29
Oman	46	21	29	42	13	17	13	29	38	8	29	21
Pakistan	30	11	4	26	44	48	26	22	63	30	48	19
Saudi-Arabien	33	43	36	24	5	12	31	7	26	2	21	29
Südafrika	57	33	23	20	57	10	17	30	70	27	40	20
Tansania	19	43	5	29	57	14	10	19	48	14	24	24
Tunesien	42	28	34	26	28	36	32	19	57	19	23	28
Vereinigte Arabische Emirate	40	28	21	30	30	8	13	19	43	4	38	28

## Welche Auswirkungen der neuen US-Handelspolitik erwarten Sie für das Geschäft Ihres Unternehmens vor Ort?

in Prozent

	Eine große negative Beeinträchtigung	Eine geringe negative Beeinträchtigung	Keine Auswirkungen	Positive Auswirkungen
<b>Weltweit</b>	<b>17%</b>	<b>43%</b>	<b>34%</b>	<b>7%</b>
<b>EU27</b>	<b>15%</b>	<b>45%</b>	<b>33%</b>	<b>7%</b>
<b>Eurozone</b>	<b>16%</b>	<b>50%</b>	<b>28%</b>	<b>6%</b>
Estland	28%	44%	26%	2%
Frankreich	33%	33%	30%	4%
Griechenland	4%	48%	39%	9%
Italien	26%	51%	21%	2%
Lettland	7%	60%	23%	10%
Litauen	10%	60%	31%	0%
Niederlande	42%	42%	13%	2%
Österreich	8%	55%	37%	0%
Portugal	20%	44%	24%	12%
Slowakei	16%	41%	32%	11%
Slowenien	6%	40%	41%	13%
Spanien	16%	70%	13%	1%
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>13%</b>	<b>40%</b>	<b>39%</b>	<b>8%</b>
Bulgarien	14%	46%	39%	0%
Norwegen	14%	57%	28%	1%
Polen	7%	45%	44%	4%
Rumänien	25%	37%	27%	11%
Schweden	10%	51%	38%	0%
Schweiz	8%	65%	23%	4%
Tschechien	13%	35%	42%	10%
Ungarn	17%	38%	36%	9%
Vereinigtes Königreich	2%	61%	29%	8%
<b>Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei</b>	<b>9%</b>	<b>40%</b>	<b>45%</b>	<b>6%</b>
Albanien	0%	15%	42%	42%
Bosnien und Herzegowina	8%	36%	51%	5%
Kosovo	27%	25%	37%	11%
Nordmazedonien	8%	34%	50%	8%
Serbien	8%	27%	56%	9%
Türkei	7%	44%	43%	6%
Ukraine	15%	59%	24%	2%
Weißrussland (Belarus)	10%	18%	58%	15%
<b>Asien/Pazifik (ohne Greater China)</b>	<b>21%</b>	<b>40%</b>	<b>33%</b>	<b>6%</b>
Indien	9%	44%	42%	4%
Indonesien	13%	48%	30%	9%
Japan	32%	43%	24%	1%
Kasachstan	12%	18%	65%	6%
Korea, Süd	42%	47%	8%	3%
Malaysia	20%	38%	36%	6%
Neuseeland	19%	50%	27%	4%
Philippinen	17%	34%	38%	11%
Singapur	36%	57%	7%	0%
Sri Lanka	31%	40%	27%	2%
Thailand	12%	52%	28%	8%
Vietnam	16%	41%	34%	9%
<b>Greater China</b>	<b>25%</b>	<b>47%</b>	<b>23%</b>	<b>5%</b>
Hong Kong, SAR	33%	31%	25%	11%

	Eine große negative Beeinträchtigung	Eine geringe negative Beeinträchtigung	Keine Auswirkungen	Positive Auswirkungen
Taiwan	21%	50%	26%	3%
Volksrepublik China	25%	52%	21%	3%
<b>Nordamerika</b>	<b>39%</b>	<b>47%</b>	<b>9%</b>	<b>5%</b>
Kanada	55%	31%	10%	3%
Mexiko	30%	58%	12%	0%
USA	39%	46%	7%	8%
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>14%</b>	<b>45%</b>	<b>35%</b>	<b>7%</b>
Argentinien	3%	50%	47%	0%
Brasilien	6%	44%	38%	12%
Chile	10%	58%	26%	6%
Costa Rica	18%	62%	18%	2%
Ecuador	16%	29%	35%	19%
El Salvador	31%	46%	19%	4%
Guatemala	9%	58%	24%	9%
Kolumbien	27%	44%	27%	2%
Paraguay	14%	45%	31%	10%
Peru	9%	52%	39%	0%
Uruguay	6%	33%	54%	6%
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>18%</b>	<b>40%</b>	<b>37%</b>	<b>6%</b>
<b>MENA</b>	<b>16%</b>	<b>39%</b>	<b>39%</b>	<b>6%</b>
<b>Subsahara-Afrika</b>	<b>22%</b>	<b>42%</b>	<b>28%</b>	<b>8%</b>
Ägypten	22%	38%	33%	6%
Algerien	4%	14%	71%	11%
Irak	23%	20%	50%	7%
Katar	12%	46%	38%	4%
Marokko	11%	25%	50%	14%
Nigeria	19%	43%	24%	14%
Oman	8%	50%	42%	0%
Pakistan	8%	54%	35%	4%
Saudi-Arabien	5%	63%	27%	5%
Südafrika	23%	40%	33%	3%
Tansania	10%	48%	29%	14%
Tunesien	19%	25%	51%	6%
Vereinigte Arabische Emirate	9%	51%	38%	2%

## Welches sind die größten globalen Herausforderungen aus Sicht Ihres Unternehmens in den kommenden fünf Jahren?

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

	Fragmentierung / Decoupling	Diversifizierung Lieferkette / De-Risking	Klimawandel	Nachhaltige Energie/Produktion	Rohstoffe und Energie	Digitale Transformation, KI	Cybersicherheit	Handelshemmnisse und -konflikte	Inflation / Geldpolitik	Migration	Sonstiges
<b>Weltweit</b>	<b>40%</b>	<b>21%</b>	<b>21%</b>	<b>25%</b>	<b>28%</b>	<b>40%</b>	<b>33%</b>	<b>64%</b>	<b>42%</b>	<b>11%</b>	<b>2%</b>
<b>EU27</b>	<b>37%</b>	<b>22%</b>	<b>19%</b>	<b>31%</b>	<b>35%</b>	<b>45%</b>	<b>42%</b>	<b>62%</b>	<b>42%</b>	<b>10%</b>	<b>1%</b>
<b>Eurozone</b>	<b>41%</b>	<b>17%</b>	<b>18%</b>	<b>27%</b>	<b>26%</b>	<b>46%</b>	<b>40%</b>	<b>61%</b>	<b>33%</b>	<b>9%</b>	<b>1%</b>
Estland	41%	15%	12%	24%	2%	66%	32%	61%	37%	0%	0%
Frankreich	38%	23%	31%	38%	31%	46%	38%	81%	23%	0%	4%
Griechenland	32%	5%	39%	16%	30%	61%	45%	43%	39%	23%	0%
Italien	35%	16%	24%	24%	26%	55%	40%	68%	28%	7%	1%
Lettland	60%	27%	12%	27%	17%	35%	38%	58%	22%	3%	0%
Litauen	58%	15%	13%	16%	19%	40%	34%	39%	29%	16%	0%
Niederlande	37%	24%	11%	22%	28%	15%	17%	98%	41%	7%	2%
Österreich	32%	3%	19%	32%	22%	49%	43%	57%	43%	16%	3%
Portugal	46%	17%	25%	33%	33%	58%	54%	75%	29%	8%	0%
Slowakei	30%	16%	15%	34%	32%	50%	44%	52%	36%	5%	0%
Slowenien	35%	27%	15%	29%	38%	31%	42%	55%	37%	10%	0%
Spanien	47%	9%	21%	35%	27%	63%	51%	67%	27%	9%	4%
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>32%</b>	<b>25%</b>	<b>18%</b>	<b>32%</b>	<b>38%</b>	<b>43%</b>	<b>40%</b>	<b>59%</b>	<b>48%</b>	<b>15%</b>	<b>2%</b>
Bulgarien	30%	25%	16%	21%	29%	43%	30%	63%	39%	11%	0%
Norwegen	32%	16%	19%	27%	29%	33%	35%	51%	33%	6%	14%
Polen	26%	48%	26%	55%	60%	42%	55%	74%	76%	27%	0%
Rumänien	49%	23%	19%	25%	44%	45%	41%	58%	39%	8%	0%
Schweden	34%	5%	11%	21%	32%	13%	24%	66%	39%	5%	8%
Schweiz	23%	4%	12%	19%	15%	46%	65%	81%	35%	4%	4%
Tschechien	27%	19%	11%	34%	37%	53%	49%	61%	33%	6%	0%
Ungarn	35%	28%	21%	35%	43%	50%	41%	55%	59%	7%	0%
<b>Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei</b>	<b>42%</b>	<b>18%</b>	<b>13%</b>	<b>12%</b>	<b>19%</b>	<b>32%</b>	<b>23%</b>	<b>67%</b>	<b>66%</b>	<b>15%</b>	<b>1%</b>
Albanien	12%	31%	15%	15%	12%	42%	46%	42%	58%	62%	0%
Bosnien und Herzegowina	42%	16%	23%	32%	42%	27%	20%	54%	54%	22%	0%
Kosovo	34%	16%	11%	19%	19%	47%	24%	44%	40%	45%	0%
Nordmazedonien	26%	28%	18%	26%	12%	54%	32%	50%	44%	26%	0%
Serbien	28%	18%	14%	26%	37%	42%	37%	59%	42%	14%	0%
Türkei	51%	16%	16%	14%	21%	29%	22%	72%	81%	9%	1%
Ukraine	54%	12%	15%	10%	20%	32%	37%	56%	54%	29%	0%
Weißrussland (Belarus)	28%	33%	0%	3%	13%	35%	0%	83%	35%	13%	0%
<b>Asien/Pazifik (ohne Greater China)</b>	<b>48%</b>	<b>26%</b>	<b>20%</b>	<b>21%</b>	<b>28%</b>	<b>32%</b>	<b>26%</b>	<b>70%</b>	<b>38%</b>	<b>7%</b>	<b>3%</b>
Indien	56%	20%	22%	31%	29%	42%	33%	82%	22%	9%	7%
Indonesien	52%	20%	12%	12%	24%	40%	24%	76%	48%	8%	8%
Japan	52%	29%	10%	11%	42%	24%	20%	62%	18%	5%	1%
Kasachstan	29%	23%	17%	17%	34%	31%	29%	89%	57%	11%	3%
Korea, Süd	58%	28%	11%	11%	28%	25%	11%	72%	53%	3%	3%
Malaysia	50%	25%	15%	21%	25%	34%	20%	66%	36%	3%	8%
Neuseeland	54%	23%	42%	35%	27%	38%	50%	46%	50%	8%	4%
Philippinen	34%	24%	35%	28%	27%	36%	32%	68%	43%	9%	2%
Singapur	81%	41%	26%	11%	33%	30%	33%	89%	30%	4%	0%

	Fragmentierung / De-coupling	Diversifizierung Lieferkette / De-Risking	Klimawandel	Nachhaltige Energie/Produktion	Rohstoffe und Energie	Digitale Transformation, KI	Cybersicherheit	Handelshemmnisse und -konflikte	Inflation / Geldpolitik	Migration	Sonstiges
Sri Lanka	37%	21%	23%	10%	31%	27%	17%	77%	52%	15%	0%
Thailand	61%	24%	12%	29%	8%	22%	24%	63%	20%	0%	4%
Vietnam	46%	33%	20%	20%	26%	33%	22%	70%	41%	6%	0%
<b>Greater China</b>	<b>71%</b>	<b>35%</b>	<b>17%</b>	<b>17%</b>	<b>11%</b>	<b>33%</b>	<b>18%</b>	<b>76%</b>	<b>21%</b>	<b>3%</b>	<b>4%</b>
Hong Kong, SAR	57%	49%	20%	9%	9%	49%	20%	77%	20%	9%	3%
Taiwan	69%	33%	26%	28%	21%	24%	16%	67%	29%	2%	7%
Volksrepublik China	76%	32%	10%	14%	7%	32%	19%	81%	16%	1%	2%
<b>Nordamerika</b>	<b>54%</b>	<b>17%</b>	<b>16%</b>	<b>12%</b>	<b>24%</b>	<b>34%</b>	<b>34%</b>	<b>83%</b>	<b>42%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>
Kanada	59%	17%	14%	7%	10%	34%	31%	83%	38%	3%	3%
Mexiko	51%	10%	20%	12%	16%	33%	35%	86%	41%	2%	6%
USA	54%	19%	14%	13%	32%	34%	34%	82%	43%	9%	6%
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>40%</b>	<b>14%</b>	<b>31%</b>	<b>30%</b>	<b>22%</b>	<b>49%</b>	<b>38%</b>	<b>59%</b>	<b>40%</b>	<b>17%</b>	<b>3%</b>
Argentinien	51%	11%	30%	35%	19%	46%	43%	70%	51%	3%	0%
Brasilien	62%	9%	44%	21%	24%	41%	44%	71%	65%	9%	3%
Chile	30%	14%	30%	34%	30%	48%	40%	54%	46%	40%	10%
Costa Rica	40%	14%	50%	26%	16%	44%	42%	56%	48%	12%	2%
Ecuador	37%	8%	40%	42%	29%	65%	37%	61%	32%	32%	5%
El Salvador	56%	32%	28%	24%	32%	40%	24%	56%	44%	12%	4%
Guatemala	33%	18%	27%	15%	12%	21%	36%	76%	55%	33%	3%
Kolumbien	56%	11%	22%	27%	29%	29%	33%	56%	51%	18%	0%
Paraguay	33%	21%	12%	26%	24%	57%	43%	57%	29%	12%	0%
Peru	45%	18%	27%	45%	36%	59%	50%	59%	23%	0%	0%
Uruguay	26%	11%	28%	35%	14%	61%	38%	52%	16%	8%	4%
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>30%</b>	<b>18%</b>	<b>25%</b>	<b>21%</b>	<b>28%</b>	<b>33%</b>	<b>23%</b>	<b>65%</b>	<b>45%</b>	<b>9%</b>	<b>3%</b>
<b>MENA</b>	<b>27%</b>	<b>18%</b>	<b>23%</b>	<b>20%</b>	<b>29%</b>	<b>34%</b>	<b>21%</b>	<b>61%</b>	<b>42%</b>	<b>8%</b>	<b>3%</b>
<b>Subsahara-Afrika</b>	<b>40%</b>	<b>18%</b>	<b>35%</b>	<b>25%</b>	<b>25%</b>	<b>33%</b>	<b>29%</b>	<b>78%</b>	<b>55%</b>	<b>12%</b>	<b>2%</b>
Ägypten	20%	14%	20%	17%	33%	27%	14%	53%	48%	9%	3%
Algerien	18%	14%	25%	18%	21%	43%	18%	61%	39%	4%	7%
Irak	30%	17%	47%	30%	23%	37%	17%	53%	7%	7%	3%
Katar	50%	38%	12%	12%	35%	31%	38%	73%	31%	4%	8%
Marokko	29%	14%	36%	29%	29%	57%	29%	57%	39%	4%	0%
Nigeria	47%	21%	32%	32%	28%	32%	26%	79%	63%	21%	0%
Oman	33%	4%	17%	8%	17%	33%	42%	75%	33%	4%	4%
Pakistan	19%	15%	30%	22%	26%	22%	4%	85%	52%	11%	4%
Saudi-Arabien	30%	18%	20%	28%	20%	35%	25%	63%	28%	3%	5%
Südafrika	50%	20%	20%	13%	27%	40%	43%	83%	53%	7%	3%
Tansania	38%	10%	57%	19%	14%	19%	38%	57%	52%	0%	5%
Tunesien	40%	25%	26%	23%	32%	49%	28%	72%	51%	21%	0%
Vereinigte Arabische Emirate	40%	25%	13%	23%	26%	40%	26%	74%	42%	8%	8%

# Fragebogen

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige geschäftliche Lage Ihres Unternehmens?

- gut
- befriedigend
- schlecht

Welche geschäftliche Entwicklung erwarten Sie für Ihr Unternehmen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie beurteilen Sie die konjunkturelle Entwicklung vor Ort in den nächsten zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer
- keine Investitionen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachnennungen möglich)

- Nachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energiepreise
- Rohstoffpreise
- Rechtssicherheit
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- Infrastruktur
- Handelsbarrieren / Bevorzugung einheimischer Unternehmen
- Störungen in der Lieferkette (z.B. Logistik, fehlende Vorprodukte)

Sehen Sie darüber hinaus weitere Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Unternehmens?

Welche Auswirkungen der neuen US-Handelspolitik erwarten Sie für das Geschäft Ihres Unternehmens vor Ort?

- eine große negative Beeinträchtigung
- eine geringe negative Beeinträchtigung
- keine Auswirkungen
- positive Auswirkungen

Welches sind die größten globalen Herausforderungen aus Sicht Ihres Unternehmens in den kommenden fünf Jahren? (Mehrfachnennungen möglich)

- Fragmentierung der Weltwirtschaft/Decoupling
- Diversifizierung der Lieferkette/ Deminusrisking
- Klimawandel
- Transformation der Wirtschaft zu nachhaltiger Energie/Produktion
- Rohstoffmangel und Energieversorgungssicherheit
- Digitale Transformation, Künstliche Intelligenz
- Cybersicherheit
- Handelshemmnisse und Handelskonflikte
  - Zunahme von politischem Einfluss auf Lieferketten (z.B. durch Gesetze, Handelshemmnisse)
  - Zölle und Gegenzölle
  - Subventionen, diskriminierende Industriepolitik
- Inflation/Geldpolitische Rahmenbedingungen
- Migration
- Sonstiges (Freitext)